

Hannes Hofbauer

Wendejahre in **OSTEUROPA**

Zusammenbruch

Transformation

Wirtschaftskrise

Schutzgebühr: 3,00 Euro

ISW

SPEZIAL-NR.23

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

Impressum

isw-spezial 23, November 2009

Publikationsreihe isw-spezial: ISSN 1614-9270

Herausgeber:

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

Telefon 089/130041 Fax 089/168 94 15

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda Bank München

Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Autore: Hannes Hofbauer

Redaktion: Conrad Schuhler

(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Layout: Monika Ziehaus

Schutzgebühr: 3,00 EUR

Der Innenteil dieser Broschüre ist auf 100 % Altpapier,
zertifiziert mit dem Blauen Engel, gedruckt.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger
Genehmigung des isw e.V.

Vorwort	2
KAPITEL I	
Der Zusammenbruch des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)	5
Seit Mitte der 1970er Jahre ging es bergab	5
Das sowjetische "Genossenschaftsgesetz"	6
Weltbank und Währungsfonds in Osteuropa	7
Die Schuldenfalle	7
Neoliberale Vorbereitungen	9
KAPITEL II	
Kapitalisierung in der Transformation	11
Hyperinflation enteignet die Besitzlosen	12
Deindustrialisierung	13
Marktherstellung	15
Sozialer Schock: "transition mortality"	16
Privatisierung und Eigentumstransfer	17
Gewinntransfers: Das Kapital fließt von Ost nach West	18
Das Beispiel der Banken	19
Das Beispiel des Textil- und Bekleidungssektors	20
Neue Eigentümer, neue politische Eliten	23
Soziale Verwerfungen und regionale Disparitäten	25
KAPITEL III	
Die neue Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen	27
FDI: Gewinnrückführungen und Leistungsbilanzdefizite	27
Wendejahr 2008	29
Beispiel Ungarn: Sozialer Kahlschlag	30
Währungsabwertung und Euroanbindung	31
Gescheiterte nachholende Entwicklung	31

Hannes Hofbauer, Jahrgang 1955, hat Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien studiert. Er arbeitet als Journalist und Publizist und bereist seit 1989 die Länder Osteuropas.

Vorwort

"Es geht aufwärts", titeln die Wirtschaftsseiten deutschsprachiger Tageszeitungen Mitte August 2009 und meinen zarte Wachstumstendenzen im 2. Quartal gegenüber dem 1. Quartal ausmachen zu können. Die Menschen in Osteuropa lesen solche Titelzeilen seit zwanzig Jahren, seit mit dem Fall von Mauer und Stacheldraht im Herbst 1989 das Versprechen auf eine postkommunistische, bessere Zukunft gegeben worden war. Glauben schenken sie den rhythmisch lancierten Jubelmeldungen indes immer weniger. Dies liegt einerseits an der fehlenden sozialen Komponente makroökonomischer Statistiken bzw. am von diesen nicht wiedergegebenen Klassencharakter der Gesellschaften. Denn soviel war bald auch dem eingefleischtesten Antikommunisten klar: Wirtschaftliches Bergauf bzw. Bergab gilt nicht für alle gleichermaßen.

Andererseits folgten auch die jeder sozialen oder regionalen Differenz entkleideten Auf- bzw. Abschwungsdaten in den vergangenen zwanzig Jahren eher dem Lauf einer Achterbahn als der immer wieder postulierten Aussicht auf kontinuierliches Wachstum. Das absolut schwarze Jahrfünft nach 1989 ertrugen die meisten noch in der Hoffnung, damit Tribut an die Spätfolgen des Komunesystems leisten zu müssen. Der leichte Aufschwung zwischen 1995 und 2007 war dann nicht nur durch die Politik der Kollektiventeignung und des Ausverkaufs von Boris Jelzin beendenden Rubel-Crash 1998 unterbrochen, der auch auf die Ökonomien Osteuropas durchschlug, sondern gleichzeitig stark geprägt von der Zurichtung der östlichen Volkswirtschaften auf den Bedarf der Global Players im Westen. IWF-Strukturanpassungsprogramme und Maastricht-Kriterien formten die späteren EU-Mitglieder wirtschafts- und sozialpolitisch vollständig um.

Der tiefe Fall des Jahres 2008 wurde von zwischenzeitlich vollständig transformierten Medien und Politikern als eine Art Naturkatastrophe dargestellt, die wie ein Tornado vom Westen kam und den Aufbau Ost zunichte machte. Nur wenige kritische Geister erkannten darin die Systematik kapitalistischer Kri-

senanfälligkeit, die nun auch in den Wirtschafts- und Finanzzentren der Welt eine riesige Blase zum Platzen gebracht hatte.

Begriffsklärung

"Osteuropa" steht im vorliegenden isw-Sonderheft für die ehemaligen europäischen Mitgliedsländer des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sowie für die Ex-Republiken Jugoslawiens. Ihnen gilt das Hauptaugenmerk in diesem Band.

Russland und die zerfallene Sowjetunion nehmen aus mehreren Gründen eine Sonderstellung ein. Schon der Entwicklungsverlauf von Transformation und Kapitalisierung verlief anders, weil ökonomische Konzentrationsprozesse hier dazu geführt haben, dass sich gesellschaftlicher Reichtum in den Händen weniger einheimischer Wendegewinner, später so genannter Oligarchen, bündeln konnte. Auch das Phänomen der Kapitalflucht ist ein spezifisch "postsowjetisches", das im übrigen Osteuropa nur in geringerem Ausmaß vorgekommen ist. Und: westliches Kapital kam in Russland, der Ukraine und Belarus (sowie Moldawien/Transnistrien) deutlich weniger zum Zug als in den anderen osteuropäischen Staaten. Die Ausnahmen bilden die drei baltischen Republiken, die sich frühzeitig aus der Sowjetunion lösten und mit westlicher Hilfe dem Einflussbereich Moskaus entkamen.

Statistiken und Beispiele beziehen sich in der Hauptsache auf die zehn osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien und Bulgarien. Kroatien als konkreter EU-Aufnahmekandidat wurde in manche Schlussfolgerung miteinbezogen, Russland und die Ukraine als Vergleichsbasis genommen. Belarus habe ich weitgehend ausgeklammert, läuft doch seine wirtschaftliche und soziale Entwicklung (gemeinsam mit derjenigen von Transnistrien) auf gänzlich anderen, nicht von den Vorgaben internationaler Organisationen wie EU, NATO, Weltbank und IWF abhängigen Schienen. Ein eigener Beitrag zum sehr speziellen Fall von Transnistrien ist im Jahr

2006 erschienen.¹ Das von keinem Land der Welt anerkannte Transnistrien liegt jenseits des Dnestr und wird von Moldawien territorial beansprucht. Hervorgegangen ist die seit 1991 bestehende de facto-Unabhängigkeit des 600.000 EinwohnerInnen zählenden Landes aus der Revolte sowjetischer Betriebsleiter mit ihrer großteils russischen Belegschaft gegen die rumänisch-nationale "Wiedergeburt" Moldawiens.

Im übrigen basiert dieses isw-Sonderheft auf den Grundaussagen des Buches "EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen".² Sämtliche Daten wurden aktualisiert und insbesondere die neuesten Studien des "Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche" zur Analyse der aktuellen Situation herangezogen.

Aufbau des Heftes

Die Krise in Osteuropa ist kein neues Phänomen. Auf dieser Erkenntnis aufbauend bildet das Jahr 1989 jene Zäsur, die hier zum Ausgangspunkt der Betrachtung genommen wird. Die Wende in Osteuropa, der 1991 die Auflösung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Sowjetunion folgte, war der absolute Tiefpunkt einer Fehlentwicklung – auch ökonomisch betrachtet. Der fluchtartige Rücktritt einer maroden und diskreditierten politischen Klasse setzte einen Schlusspunkt hinter zwanzig Jahre lang betriebenes, vergebliches Krisenmanagement. Das Ende von Planwirtschaft und Staatsinterventionismus kann jedoch keinesfalls nur von innen heraus erklärt werden. Die Mitte der 1970er Jahre einbrechenden Profitraten ließen die Zentren dieser Weltwirtschaft – die USA und Westeuropa (sowie Japan) – aggressiver auftreten: politisch-militärisch in Form von Aufrüstungsprogrammen und ökonomisch in Form von verstärkten Rationalisierungsbemühungen, die unter anderem im Rahmen der "Neuen Internationalen Arbeitsteilung" zu massiven Verlagerungen von Produktionsstätten an billigere Standorte führten, und vermehrter Kreditvergabe. Der verlorene Rüstungswettkampf des Warschauer Paktes und die Schuldenfalle für so manche Staaten in Osteuropa trugen zum Zusammenbruch des RGW bei.

Der dem kapitalistischen System eigene Verwertungsdruck erkannte unmittelbar nach 1989/91 die Chance auf Expansion, zumal er für genau dieses Szenario militärisch, wirtschaftlich, politisch und medial gekämpft hatte. Ein Ausgreifen westlicher Interessen in Richtung Osten war die unmittelbare Folge. Wirtschaftlich über Markterweiterung nach den Regeln von EG/EU und IWF/Weltbank, militärisch über die

NATO und politisch/rechtlich über die Einsetzung neuer Eliten und bürgerlicher Gesetzbücher. Mit all dem beschäftigt sich dieses Sonderheft.

Unterteilt wurde die Arbeit in drei Kapitel, die dem chronologisch-historischen Ablauf der Ereignisse folgen: dem Zerfall des RGW (bis 1991), der Transformationszeit (1991 – 2007) und dem neuerlichen Zusammenbruch im Zuge der Weltwirtschaftskrise (ab 2008).

Krisentheorie

Empirisches Material überwiegt. Nichtsdestotrotz fließen immer wieder theoretische Überlegungen in das vorliegende Heft mit ein. Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass Kapitalismus strukturell Krisen hervorruft. Nach vollbrachtem Wiederaufbau äußerte sich dieses Phänomen zuletzt Mitte der 1970er Jahre als Überproduktionskrise, der mit unterschiedlichen Mitteln begegnet wurde. Rationalisierungen technischer und betriebswirtschaftlicher Natur waren ebenso von Krisenüberwindungsstrategien getragen, wie – vor allem von Seiten der USA – eine militärkeynesianistische staatliche Nachfragepolitik, die Aufrüstung und Kriege mit sich brachte (und bringt). Dazu kam, dass Überproduktion und begrenzte Märkte die Renditen in der Produktionssphäre sinken ließen. Kapital sah sich wegen dieser dort sinkenden Profitrate dazu veranlasst, stärker in den Finanz- und Dienstleistungssektor zu investieren, was nach zwei Jahrzehnten im Herbst 2008 zum Platzen der Blase führte.

Interessanter Weise stimmt dieser Kreislauf mit den von Nikolai Kondratieff beschriebenen langen Wellen weitgehend überein. Kondratieffs mathematisch anmutende Zyklentheorie basiert auf der Annahme langer, ca. 50 bis 60 Jahre dauernder Konjunkturzyklen, die sich in eine A- bzw. Expansionsphase und eine B- bzw. Kontraktionsphase unterteilen. In einer solchen Zeitspanne erlebt die Weltwirtschaft eine Aufschwung- und eine Abschwungphase, wie sie Kondratieff seit Beginn der Industrialisierung – seit ca. 1780 – in seinem 1926 erschienenen berühmten Aufsatz³ in drei Zyklen beschrieb. Der Börsen- und Wirtschaftskrach der 1920er-Jahre war für den russischen Ökonomen auf dieser Basis vorhersehbar. Weitergedacht stimmt die Periodisierung von Kondratieff mit der Weltsystemanalyse kritischer Ökonomen wie Andre Gunder Frank⁴, Giovanni Arrighi oder Immanuel Wallerstein überein, die seit Mitte der 1970er Jahre den Beginn eines markanten Abschwungs konstatieren. Wolfgang Dietrich⁵ erinnert daran, dass sich die makroökonomischen Kondratieff-Zyklen und die sogenannten "Hegemonialzyklen" ergänzen, die den he-

1) Belarus: Auf halbem Weg zwischen Berlin und Moskau. In: Hannes Hofbauer, Mitten in Europa. Politische Reiseberichte aus Bosnien-Herzegowina, Belarus, der Ukraine, Transnistrien/Moldawien und Albanien. Wien 2006, S. 56-84

2) Hannes Hofbauer, EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen. Wien 2007

3) Nikolai Kondratieff, Die langen Wellen der Konjunktur. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 56, 1926, S. 573-609

4) Vgl. Andre Gunder Frank/Marta Fuentes-Frank, Widerstand im Weltsystem. Kapitalistische Akkumulation – staatliche Politik – soziale Bewegung. Wien 1990, S. 49ff.

5) Wolfgang Dietrich, Periphere Integration und Frieden im Weltsystem. Ostafrika, Zentralamerika und Südostasien im Vergleich. Wien 1998, S. 22ff.

gemonialen Aufstieg, Sieg, die Reife und den Abstieg der jeweils führenden Weltmacht in ca. 100-jährigen Wellen beschreiben. So hat der Aufschwung des Vereinigten Königreichs Anfang des 19. Jahrhunderts mit der "Pax Britannica" nach dem Sieg über Napoleon bis zu seinem Abstieg im Ersten Weltkrieg 100 Jahre lang gedauert. Die hegemoniale Ablöse durch die Vereinigten Staaten von Amerika erreichte 50 Jahre später mit dem Ende des Marshallplans und der Ausweitung ihres Einflusses in den drei südlichen Kontinenten ihren Höhepunkt. Das von kritischen Ökonomen bereits nach dem Ölschock 1973 prognostizierte "Ende des amerikanischen Jahrhunderts" hat sich dann noch – mit Hilfe staatsnachfragender Kriegspolitik im ersten Golfkrieg 1991 – wesentlich verlängert. Heute, mit der Krise 2008/2009, scheint sich dieser Hegemonialzyklus dem Ende zu nähern und seinem bereits langjährigen Finanzier, China, mit einem ostasiatisch-pazifischem Zyklus Platz zu machen.⁶

Nach Kondratieffs Theorie wäre das Ende des 4. Zyklus, den er freilich nicht mehr erlebt hat, ca. 1990 erreicht gewesen. Warum sich dieser Zyklus um fast zwei weitere Jahrzehnte verlängert hat, könnte folgendermaßen erklärt werden: Zum einen war es, wie erwähnt, die führende Weltmacht USA, die mit ihrem ersten Golfkrieg 1991 immense staatliche Summen in die Rüstung gepumpt hat, nicht zuletzt deshalb, um ihre schwindende Wirtschaftsmacht und extreme Verschuldung militärisch zu kompensieren – was freilich nur eine relativ kurze Zeit lang gut gegangen ist. Zum anderen war es den Global Players in Westeuropa möglich, den Zusammenbruch des Ostens 1989/1991 zu nützen, um ihre ebenfalls krisengeschüttelten Bilanzen qua Markterweiterung aufzubessern. Beides – US-Kriege und EU-Erweiterung – mag zur Verschiebung des Crashes beigetragen haben.

Wie immer man die langen Kontratoeffschen Wellen und die geopolitisch anmutenden hegemonialen Zyklen beurteilen mag (auch der Autor ist sich diesbezüglich nicht sicher), rhythmische Abschwünge mit extrem negativen Auswirkungen kennt das kapitalistische System seit seinem Bestehen, ob wir seinen Beginn nun mit der industriellen Revolution, im 16. Jahrhundert oder davor ansetzen. Insofern mag eine Systematisierung der Zyklen hilfreich sein oder zumindest zum Nachdenken anregen. Eines steht auf jeden Fall fest, ob das nun der Theorie der "langen Wellen" entspricht oder nicht, die zwischenzeitlich im Westen nach 1975 verdrängte Weltwirtschaftskrise war im Osten Europas beständig präsent.

Hannes Hofbauer
Wien/Gmünd, im August 2009

6) Vgl. Andre Gunder Frank, Orientierung im Weltsystem. Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Wien 2006

Kapitel I

Der Zusammenbruch des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

Die Berliner Mauer war längst gefallen und der "Eiserne Vorhang" zerschnitten. Joseph Goebbels hatte diesen Begriff erstmals geprägt, als er knapp vor Kriegsende die "herannahende russische Dampfwalze"⁷ fürchtete, vor der sich Deutschland mit einem "Eisernen Vorhang" schützen müsse. Später wurde die von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichende Anlage von den Staats- und Parteiführern im Osten ironischer Weise als "antifaschistischer Schutzwall" bezeichnet. Zwei Jahre nach dem Scherenschnitt an der österreichisch-ungarischen Grenze besiegelten die Mitglieder des RGW ohne Gegenstimme am 28. Juni 1991 ihr Schicksal: Selbstaflösung. Damit waren alle Anstrengungen der osteuropäischen Kommunisten, innerhalb des Moskauer Einflussbereiches eine wirtschaftliche Integration zustande zu bringen, offiziell gescheitert.

Seit Mitte der 1970er Jahre ging es bergab

Während seines 40jährigen Bestehens entwickelte sich der RGW zur so genannten Transfer-Rubel-Zone, einer vom Wechselkurs des Rubels abhängigen Wirtschaftsgemeinschaft. Seine Struktur basierte auf dem Tausch von Grundstoffen und Energie aus Sibirien mit verarbeiteten Investitionsgütern aus den Industriezentren in Sachsen, an der Oder, in Böhmen, Mähren und Schlesien – dieser Austausch bildete den Kern der in Moskau ansässigen RGW-Behörde. Die von politischen Erwägungen geprägte Festsetzung des Rubelkurses versuchte sich in großräumiger Regionalpolitik. Das wirtschaftlich periphere und im Zuge des Zweiten Weltkrieges extrem zerstörte Russland wahrte darin jene Chance, die ihm der Sieg der Roten Armee und deren Vormarsch bis Magdeburg und Cheb/Eger eingeräumt hatten. Anstatt eines ungleichen Tausches zwischen Industriegütern und Rohstoffen, wie er sich in der kapitalistischen Sphäre des Bretton Woods-Systems herausgebildet und dort zum Auseinanderklaffen zwischen Zentren in der Ersten Welt und Randgebieten in der Dritten Welt geführt hatte, war es im Osten fast umgekehrt. Hier besaß die ökonomische Peripherie (Russland) militärische und politische Stärke. Und das wirkte sich auf die Art

der Wirtschaftsbeziehungen im RGW aus. Industrielle Rohstoffe und Energie, um deren Billigkeit im Westen Kriege sonder Zahl geführt wurden und werden, wiesen im RGW einen Moskau genehmen Transfer-Rubel-Preis auf. Auf Basis westlicher Rationalität, die von einem Gleichklang militärischer und wirtschaftlicher Stärke im Zentrum ausgehen konnte, bedeutete dies einen relativen Verlust der traditionellen ost(mittel)-europäischen Industriegebiete gegenüber dem militärisch dominanten, wirtschaftlich allerdings randständigen Russland. Stellt man zudem in Rechnung, dass die gesamte deutsche Kriegsschädigung gegenüber der Sowjetunion vom kleineren Teil des geteilten Deutschland, von der Ostzone bzw. der DDR, getragen werden musste,⁸ ergibt die Bilanz strukturelle Nachteile für die industriellen Kernländer des RGW.

Regionalpolitik funktionierte im RGW allerdings nicht bloß als Umverteilungsmaschine zwischen traditionellen Industrieländern und der Sowjetunion, sondern auch innerhalb einzelner Staaten bzw. Regionen. Seit den 1960er Jahren wurden systematisch wirtschaftliche Peripherien im Interesse der einzelnen Volkswirtschaften industrialisiert. Mit einer ökologisch bedenklichen und auch ökonomisch fragwürdigen Zwangsmodernisierung wuchsen überall Fabriken und Proletarierwohnhäuser aus dem Boden. Die Tschechoslowakei modernisierte auf diese Weise Südböhmen (Textil und Metall) und die Slowakei (Waffen). In Ungarn schossen von Tatabanya im Westen bis Komlo im Südosten Industrie- und Bergbauagglomerate gegen den Himmel. Rumäniens nationaler Sonderweg wies eine ähnliche Entwicklung auf: neben verschlafenen transsylvanischen oder walachischen Dörfern machten sich Fabriken und Plattenbauten breit, Bauern und Landarbeiter wurden in rasender Geschwindigkeit zu Industriearbeitern. Single Factory-Orte gehörten zum Standard dieser Art von Industrialisierung.

Bis Mitte der 1970er Jahre funktionierte die Zwangsmodernisierung zumindest statistisch. Der Index der Industrieproduktion, ein gängiger Indikator für Entwicklung (sei sie auch unökologisch und modernisierungsfixiert), weist aus, dass sämtliche Länder des RGW bis 1975 gleich hohe höhere oder Wachstums-

7) Zit. in: Andrea Komlosy, Der Marshall-Plan und der "Eiserne Vorhang" in Österreich. In: Günter Bischof/ Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998. Wien 1999, S. 261

8) Der Bremer Ökonom Arno Peters hat im November 1989 mit seiner Berechnung für Aufsehen gesorgt, nach der im Schnitt jeder Ostdeutsche 16.000,- DM, und jeder Westdeutsche nur 120,- DM an Reparationsleistungen für die Zerstörungen der Wehrmacht in der Sowjetunion geleistet hatte. Seine Forderung, die sich daraus ergebenden 727 Mrd. DM als Ausgleichszahlungen der Bundesrepublik an die DDR mit in den Vertrag zur Einheit aufzunehmen, verhallen in der BRD ungehört.

zahlen zu verbuchen hatten als damals vergleichbare westeuropäische Staaten wie Italien, Portugal oder Spanien.

Index der Industrieproduktion zwischen 1960 und 1975 (bei 1963 = 100)		
Land	1960	1975
Polen	79	289
Rumänien	68	418
Ungarn	78	206
Italien	77	168
Spanien	72	295
Portugal	80	220

vgl. B. R. Mitchell (Hg.), *European Historical Statistics 1750 – 1975*. London/Basingstoke 1987, zit. in: Hannes Hofbauer/ Andrea Komlosy, *Restructuring (Eastern) Europe*. In: *Eszmélet – First International Conference of Social Critical Reviews*. 10.-12. April 1991, Budapest 1991, S. 249

Woran es dem RGW im Vergleich zur westlichen wirtschaftlichen Integration allerdings mangelte, war zweierlei: Einerseits fehlte der Wille oder die Möglichkeit zur Ausbeutung ganzer Kontinente, der so genannten Dritten Welt. Die in Sibirien lagernden industriellen Grundstoffe konnten nicht, wie jene aus Afrika, Arabien oder Lateinamerika, faktisch ohne Gegenleistungen abgezogen werden. Andererseits krankte der RGW auch an seiner eigenen politischen Schwäche. So sehr betriebs- und volkswirtschaftliche Kontrollen das Leben und Arbeiten im RGW prägten, so ineffizient waren diese. Großräumige Planungen scheiterten an nationalen und regionalen Interessen. So war es mitten im Integrationsversuch des RGW beispielsweise möglich, dass Rumänien seit Gheorghe Gheorghiu-Dej⁹ und später unter Nicolae Ceausescu ökonomische Abschottungspolitik gegenüber Moskau betreiben konnte. Um eine eigenständige Energieversorgung aufbauen zu können, schottete sich Bukarest gegenüber Produkten aus dem RGW-Raum ab und betrieb Importsubstitution. Buchstäblich alles, vom PKW bis zur hauptstädtischen U-Bahn, wurde – wenn auch teilweise in Lizenzverfahren mit westeuropäischen Firmen (wie z.B. die PKW-Produktion von Dacia/Renault) – im Lande selbst erzeugt. RGW und Warschauer Pakt sahen dem rumänischen Sonderweg genauso ohnmächtig zu wie sie tatenlos blieben, als bald jeder Teilnehmerstaat für sich begann, eine Computerindustrie aufbauen zu wollen. In Ungarn und der DDR waren die Forschungsarbeiten diesbezüglich am weitesten gediehen. Anders als im Westen, dessen Marshallplan von 1948 an unter der Führung der USA planmäßig und penibel festlegte, in welchem Land welche Industrien am rentabelsten zu führen waren, beharrte Moskau in seiner Einflussphäre auf dem politischen Primat der Nationalstaa-

ten. Eingriffe fanden immer nur dann statt, wenn es um politische Abweichung ging. Im Juni 1991 beklagte dann zwischen Prag und Moskau niemand mehr die Auflösung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Das sowjetische "Genossenschaftsgesetz"

Der Zerfallsprozess des RGW hatte indes schon vor dem politischen Zusammenbruch des Jahres 1989 begonnen. Seit dem 1. Juli 1988 war auch für ferne Beobachter der Entwicklungen in Osteuropa klar erkennbar, dass ein wie auch immer gearteter "kommunistischer Wirtschaftskreislauf" gescheitert war. An diesem Tag war in der Sowjetunion das so genannte "Genossenschaftsgesetz" in Kraft getreten, das die gesamte Ökonomie nachhaltig veränderte. Von der Investitionsentscheidung bis zum Außenhandel, von der Lohngebarung bis zum Steuersatz konnten die nun selbständigen, gleichwohl kollektiv organisierten Wirtschaftskörper autonom entscheiden. Damit war ein euphemistisch "sozialistischer Wettbewerb" genannter Rückzug des Staates eröffnet, und das ausgerechnet in einer Phase wirtschaftlicher Rezession, was zu panikartigen Beschlüssen auf betriebswirtschaftlicher Ebene führte.

"Die Genossenschaften haben das Recht, mit ausländischen Partnern Außenhandelsgeschäfte zu machen. Um das Wirtschaftsinteresse bei Export- und Importaktionen zu steigern, können die Genossenschaften den beim Warenexport erzielten Erlös in ausländischer Währung behalten"¹⁰, stand in Artikel 28 des Gesetzes zu lesen. Das Ende der staatlichen Planwirtschaft begann mit der Liberalisierung der Außenhandelsbeziehungen. Anstatt die Verantwortung für die zu erwartenden und auch von den eigenen Ökonomen berechneten sozialen Deregulierungen wahrzunehmen und Vorkehrungen für soziale Versicherungssysteme zu treffen, kümmerte man sich in den Nomenklatura-Zentralen um die Wettbewerbsfähigkeit. Und auch das nur vermeintlich. Denn die im Zuge der Öffnungen zum Weltmarkt notwendige wirtschaftliche Kraft wurde – anders als in den südostasiatischen "Tiger"-Staaten, die für manchen kommunistischen Ökonomen wie z.B. die Moskauer Wissenschaftlerin Irina Bunkina ein Vorbild abgaben¹¹ – staatlicherseits nicht gefördert. Mit der Liberalisierung der starren Strukturen schien alles getan. Vorbereitungen auf den rauen Wind des Weltmarktes konnten damit nicht getroffen werden. Mit den späteren Privatisierungen wurden die örtlichen Kollektivführungen wenige Jahre danach in die Lage versetzt, Verkäufe ohne soziale oder investitionspolitische Rücksichten zu tätigen. Wenn es nicht die pure Naivität war, der diese unverantwortliche Perestroika-Politik geschul-

9) Gheorghe Gheorghiu-Dej war Ministerpräsident Rumäniens zwischen 1952 und 1955 und Staatspräsident seit 1961.

10) Gesetz der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über das Genossenschaftswesen (gezeichnet A. Gromyko, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR; T. Menteschaschwili, Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. Moskau, Kreml, 26. Mai 1988)

11) Interview mit Irina Bunkina in Wien. In: MOZ, April 1988, S. 45ff.

det war, dann war es das Kalkül von Teilen der kommunistischen Nomenklatura, sich selbst mit Hilfe der lauthals ideologisierten Deregulierungen zu bereichern. In vielen Fällen ist genau das gelungen.

Mit dem Fall des Außenhandelsmonopols in der Sowjetunion war auch den führenden politischen Kräften in den Partnerstaaten des RGW kein Argument mehr einsichtig, warum man sich der Rubelzone verpflichtet hätte fühlen sollen. Das politische Zentrum des RGW ließ seine lukrativsten Firmen autonom ins Dollargeschäft einsteigen. Umso weniger wollten tschechische, ungarische oder polnische Betriebe auf dem Transferrubelmarkt tauschen. Das offizielle Ende des RGW am 28. Juni 1991 war dann nur mehr eine logische Folge dieser Entwicklung.

Drei Tage zuvor hatten sich Slowenien und Kroatien von Belgrad getrennt und für unabhängig erklärt. Einer – peripheren – Integration der osteuropäischen Staaten in von westlichen Zentren dominierte Wirtschafts- und Militärpakte stand nun auch auf dem Balkan nichts mehr im Wege.

Weltbank und Währungsfonds in Osteuropa

Die beiden internationalen Finanzorganisationen Weltbank und Währungsfonds hatten bereits lange vor politischer Wende und wirtschaftlicher Transformation mitten im RGW Fuß gefasst. Als sich Anfang der 1970er Jahre nach erfolgtem Wiederaufbau billige Dollars weltweit auf die Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten machten, waren es neben den Staaten der südlichen Halbkugel auch von kommunistischen Parteien geführte Länder im Osten Europas, die um Kredite vorstellig wurden. Neben Jugoslawien, das bereits längere Zeit aus geopolitischen Gründen Westkredite erhalten hatte, waren dies innerhalb des RGW vor allem Polen, Rumänien und Ungarn, die in großem Stil Kapital auf Geldmärkten aufnahmen. Zur Kontrolle ihrer Kreditwürdigkeit drängten die Washingtoner Finanzorganisationen Warschau, Bukarest und Budapest zur Mitgliedschaft. Jugoslawien war bereits seit der Gründung 1944 Mitglied des IWF und nahm auch wegen seiner Rolle in der Blockfreien Bewegung eine Sonderstellung im Weltsystem ein. Als erstes Land des RGW trat Rumänien 1972 dem IWF bei, Ungarn folgte zehn Jahre später 1982 und Polen 1986.

Schon bei der Gründung der beiden Finanzorganisationen im US-amerikanischen Bretton Woods im Juli 1944 waren allerdings einige Staaten Osteuropas mit von der Partie. Die Sowjetunion war durch eine ranghohe Delegation unter der Leitung von M.S. Stepanow am Tagungsort anwesend und diskutierte die

Gründungsstatuten. Einer von Moskau gewünschten Erhöhung der Kapitalquote wurde nicht Rechnung getragen.¹² Dies und die einseitige Ausrichtung von Weltbank und IWF auf die Herstellung von Währungskonvertibilität und Währungsstabilität waren dann auch die Gründe, weshalb Moskau die Einzahlung seines bereits festgesetzten Kapitalanteils (1,2 Mrd. US-Dollar von ursprünglich insgesamt 9,1 Mrd. Stammkapital¹³) verweigerte und die Gründungsurkunde nicht ratifizierte.

Polen und die Tschechoslowakei traten nach dem Zweiten Weltkrieg der Weltbank und dem IWF bei und verblieben auch nach der Machtübernahme der kommunistischen Parteien noch ein paar Jahre innerhalb der Strukturen, bis Polen 1950 und die CSR 1954 austraten bzw. formalrechtlich ausgeschlossen wurden.¹⁴

Die Schuldenfalle

Mit den in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre aufgenommenen Westkrediten sollte in Jugoslawien, Polen, Ungarn und Rumänien den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise entgegen getreten werden. Diese äußerte sich in den Zentren der Weltwirtschaft, den USA, Westeuropa und Japan als Überproduktionskrise. Die Wiederaufbauarbeiten nach den massiven Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges waren abgeschlossen, die Eroberung neuer Märkte im Süden kam nach der Entkolonisierungswelle ins Stocken, zunehmende Konkurrenz drückte Preise und Löhne nach unten. Kritische Ökonomen wie Andre Gunder Frank¹⁵ waren sich einig, dass Mitte der 1970er Jahre ein weltwirtschaftlicher Abschwung einsetzte. Diese beginnende Abschwungphase korrespondiert auch in ihrer historischen Dimension mit den "langen Wellen" des russischen Wirtschaftswissenschaftlers Nikolai Kontratjef.¹⁶ Dass es dann noch dreißig Jahre dauerte, bis die Krise in den Zentren geradezu explodierte, entspricht ebenfalls den mechanistisch wirkenden, aber auf empirischen Beobachtungen beruhenden Berechnungen von Kontratjef, dessen gesamter A- und B-Phasenkreislauf im Kern auf dem Rhythmus der jeweiligen Leitsektoren beruht.

An den Rändern der kapitalistischen Weltwirtschaft, zu der auch der RGW außenwirtschaftlich immer gehört hatte, war die beginnende Talfahrt anfangs stärker spürbar als in den Zentren. Die am wenigsten von Moskau abhängigen Ökonomien im Osten begaben sich deshalb auf internationalen Kreditmärkten auf Kapitalsuche. Mit diesem wegen sinkender Renditen im Produktionsbereich billigen Geld wollten die kommunistischen Führungen im Osten dreierlei bewirken:

12) UN Monetary and Financial Conference. Washington 1944, S. 5

13) ebd., Annex B, S. 94

14) Isabella Sommer, Die Konferenz von Bretton Woods. Der Internationale Währungsfonds. Wien 1972, S. 5

15) Andre Gunder Frank, Crisis in the World Economy. New York 1980

16) Nikolai Kontratjef, Die langen Wellen der Konjunktur. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 56, 1926, S. 573–609

- Modernisierungen veralteter Industriebetriebe zwecks Erhöhung der Produktivität;
- Ankurbelung von Massenkonsum, weil in der Phase der Nachkriegsentwicklung die Konsumgüterindustrie weit hinter der Industriegütererzeugung zurückgeblieben war;
- Ökonomische Stärkung des sozialen Umfeldes der Nomenklatura.

Alle drei Ziele, die in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich gesteckt waren, wurden verfehlt. Der erwartete industrielle große "Sprung vorwärts" scheiterte an mehreren Faktoren. Zum einen an der Produktivität westlicher Hersteller, die wegen der Überproduktionskrise Rationalisierungsinvestitionen in den eigenen Betrieben tätigten, deren heftigste Auswirkung eine vor allem in den USA mit staatlichen Geldern geförderte Rüstungsindustrie digitalisierte und damit auch im zivilen Bereich die "Neuen Technologien" in Gang setzte. Zum anderen war dieses Scheitern nicht bloß dem Zurückbleiben im wirtschaftlichen Wettlauf geschuldet, sondern auch dem seit 1947/48 von Washington verordneten und durchgesetzten Wirtschaftsembargo gegen die Länder mit kommunistischer bzw. unliebsamer Führung. Dieses Coordinating Committee (Cocom) genannte Organ kontrollierte sämtliche Ausfuhren politisch als heikel erachteter Warengruppen. So genannte "Schwarze Listen" verhinderten ein technisches Aufholen im Osten mit Hilfe westlicher Produkte. Waren es in den 1950er Jahren chemische Ausrüstungen, metallverarbeitende Maschinen, Gummiprodukte oder auch der berühmte Plastikamm, deren unbewilligte Exporte westliche Firmen mit Strafen und Repressionen eingedeckt hätte, so führten in den 1980er Jahren Computer und andere hochtechnologische Geräte die "Schwarzen Listen" des Cocom an. Erst 1992, also drei Jahre nach dem Rückzug der kommunistischen Partei aus allen Regierungssämtern, war es Ungarn als erstem Land des ehemaligen Ostblocks gelungen, von der Cocom-Embargo-Liste gestrichen zu werden. Anders erging es dem postkommunistischen Russland. Wegen Bruchs der Embargobestimmungen wurde der US-amerikanische Multi IBM noch im Sommer 1998 von einem Washingtoner Bundesgericht zu einer Strafe von 9 Millionen US-Dollar verurteilt.¹⁷ Er hatte ohne Genehmigung siebzehn hochmoderne Rechner an ein russisches Labor geliefert.

Massen- und Nomenklatura-Konsum konnten mit fremdem Geld eine Zeitlang erfolgreich umgesetzt werden. Die 1970er- und 1980er-Jahre galten z.B. im krisengeschüttelten Ungarn als Vorzeigebispiel einer "kommunistischen Sozialpartnerschaft", das Land wurde als "lustigste Baracke" des Kommunismus bezeichnet. Anders in Rumänien, wo sich Nicolae Ceausescu

mit dem Aufbau eines an ein phantastisches Bojarschloss erinnernden neuen Bukarester Stadtteils ein Denkmal setzte.

Erkauft wurden die gescheiterten Modernisierungsversuche ebenso wie die Ausweitung des Konsums mit hohen Staatsschulden. In dem Moment, da sich – wie Anfang der 1980er Jahre geschehen – die Zinsen für die anfangs billigen Kredite verteuerten, schlitterten die fremdfinanzierten Ökonomien noch weiter in die Krise. Ronald Reagans Politik der Dollarrepatriierung Anfang der 1980er Jahre war es auch, die die Schuldenfalle nicht nur für osteuropäische Länder zuschnappen ließ. Seine Hochzinspolitik bewirkte zweierlei: Erstens kamen tatsächlich Petrodollars und andere schwadronierende Dollars in die USA zurück, um hier mit staatlicher Garantie einen weiteren Wettlauf in der Rüstungsindustrie in Gang zu setzen. Die seit damals weltweit erfolgreichste Waffe, die Cruise Missiles, war eines der Ergebnisse dieser Staatsnachfrage erzeugenden Politik. Und zweitens wurde über die Anfang der 1980er Jahre betriebene Aufrüstung die Sowjetunion und mit ihr der Warschauer Pakt in einen Rüstungswettlauf gedrängt, der von diesen spätestens Ende der 1980er Jahre verloren gegeben werden musste.

Zurück blieben ausgepowerte Volkswirtschaften, ein sich desintegrierender RGW und einzelne verschuldete Länder. In Jugoslawien hatte der hohe Anteil der Auslandsschulden in der Folge harte soziale Einschnitte mit sich gebracht, die 1986 zu einem von der Regierung verordneten Einfrieren der Löhne und ein Jahr darauf zur versuchten Schließung von 7.000 Betrieben führte. Dieser Versuch wurde mit Massenprotesten beantwortet. Im März 1991, noch vor den Sezessionen Sloweniens und Kroatiens, erschütterten die Unruhen nicht nur die Hauptstadt Belgrad. Panzer der Jugoslawischen Volksarmee fuhren auf und beruhigten die Lage.¹⁸ Westliche Medien haben diese sozialen Protesten zu einer politischen Oppositionsbewegung umdefiniert und sie damit antikommunistisch instrumentalisiert.

In Polen war im Dezember 1981 sogar die Einführung des Kriegsrechts durch General Wojciech Jaruzelski notwendig geworden, um soziale Aufstände, die direkte Folgen einer Austeritätspolitik gewesen sind, in den Griff zu bekommen – freilich nur für wenige Jahre.

In Rumänien schlüpfte Nicolae Ceausescu selbst in die Rolle eines IWF-Managers, indem er Sparkurse sonder Zahl für die Bevölkerung verordnete. Mit niedrigen Löhnen, Einschränkungen von Heizungen im Winter und öffentlichen Verkehrsmitteln an Nachmittagen hoffte er, die landwirtschaftlichen Exportprodukte billiger produzieren zu können. Ein kreditpolitisches Missverständnis verleitete ihn dazu, nicht nur den Schuldendienst, also die Kredite, zu bedie-

17) Salzburger Nachrichten, 3. August 1998

18) Neue Zürcher Zeitung vom 27.3.1996. Vgl. auch Hannes Hofbauer, Balkankrieg. Zehn Jahre Zerstörung Jugoslawiens. Wien 2001, S. 15

nen, sondern auch das kreditierte Kapital (von damals 12 Mrd. US-Dollar) zurückzubezahlen. Im April 1989 war Rumänien schuldenfrei. Das Volk danke es ihm nicht, seine Nachfolger erschossen ihn und seine Frau zu Weihnachten 1989 vor laufender Kamera.

Seit den späten 1980er Jahren befanden sich Länder wie Jugoslawien, Ungarn, Polen und Rumänien im Würgegriff der beiden internationalen Finanzorganisationen. Der Transmissionsriemen ihrer Erpressbarkeit war die hohe Auslandsschuld, die sich für die Länder Osteuropas bis zum heutigen Tag extrem erhöht hat. Der IWF legte über die Jahrzehnte immer wieder die selben Austeritätsprogramme auf, die eine Voraussetzung dafür bildeten, weitere Tranchen von ausgehandelten Krediten freizugeben. So genannte Strukturanpassungsprogramme forderten wie überall sonst auf der Welt Budgetsanierung, Währungsconvertibilisierung, Einstellungen staatlicher Subventionen, Kürzungen in der Sozial- und Regionalpolitik und generell einen Rückzug des Staates aus der ökonomischen Sphäre. Die bekanntesten IWF-Sanierer zu Beginn der Transformationsphase waren der Harvard-Ökonom und US-Präsidentenberater Jeffrey Sachs und der frühere stellvertretende US-Außenminister Strobe Talbott. Während Talbott in der zerfallenden Sowjetunion IWF-Programme leitete, entwickelte Sachs zusammen mit Ante Markovic einen "Sanierungsplan" für Jugoslawien, der allerdings am Widerstand von Slobodan Milosevic scheiterte, sowie die so genannte "Schocktherapie" für Polen (zusammen mit Leszek Balcerowicz).

Als pro Kopf genommen höchst verschuldetes Land Europas galt Ungarn, gefolgt von Polen und Rumänien. Seit dem Zusammenbruch des RGW lastet die Auslandsschuld indes auch auf jenen Nationalökonomien, die zu kommunistischen Zeiten ohne Westkredite ausgekommen waren. Die Steigerungsraten dieser Schulden sind enorm, wie die unten stehende Tabelle eindrucksvoll zeigt.

Mit dem Zusammenbruch von RGW und Sowjetunion im Jahr 1991 fanden sich nicht nur Ungarn und Polen, die bereits in kommunistischen Zeiten in die

Schuldenspirale auswärtiger Geldverleiher geraten waren (Rumänien hatte ja die Schulden komplett zurückgezahlt), unter dem Diktat von IWF-Programmen, auch sämtliche anderen Länder des RGW riefen nach Dollar und DM. Kapitalmangel herrschte allerorten. Unerfahrene neue Führungseliten wurden zu willfährigen Helfern einer Politik, die Osteuropa als neues ökonomisches Hinterland der EG positionierte. Die westliche Kreditpolitik war einer der entscheidenden, wenn nicht der wichtigste Eckpfeiler für diese Art abhängiger Entwicklung. Das Ansteigen der Auslandsschulden in den Ländern Osteuropas (ohne die Sowjetunion/Russland und Ex-Jugoslawien) spricht eine deutliche Sprache und unterstreicht diese These. Zwischen 1990 und 2000 nahmen diese um 227 % zu, zwischen 2000 und 2008 nochmals um 257 %, somit in den 18 Jahren nach dem Zusammenbruch des RGW um mehr als 1000 % (!). Vergleichsweise schwach steigerte sich die sowjetische/russische Auslandsschuld im selben Zeitraum, die zwischen 1990 und 2000 zwar um 311 % zunahm, während sie zwischen 2000 und 2008 nur mehr um 113 % zulegte. Im ersten post-sowjetischen Jahrzehnt war es noch Boris Jelzin gewesen, der Russland mittels Fremdkapital auf einen von diesem abhängigen Entwicklungskurs brachte. Seinem Nachfolger Wladimir Putin gelang es dann, nicht zuletzt wegen der hohen Energiepreise auf dem Weltmarkt, das Land von der Kreditfalle fern zu halten.

Neoliberale Vorbereitungen

Schon Jahre vor dem Zusammenbruch der planwirtschaftlichen Wirtschaftssysteme im Osten und des RGW setzten Partei- und Staatsinstitute auf die Ausbildung neoliberaler Wirtschaftskader. Dies passierte parallel zu den weiterhin betriebenen Wirtschaftsschulen des Staatsinterventionismus, wobei vor allem in Polen und Ungarn die marktorientierten Kräfte im Wissenschaftsdiskurs nach und nach die Überhand gewannen. Seit Mitte der 1980er Jahre waren Friedrich von Hayek und Milton Friedman an diversen Weltwirtschaftsinstituten salonfähig geworden. Vor allem in

Auslandsschulden in Osteuropa							
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2008
	in Mrd. US-Dollar		in Mrd. Euro				
Jugoslawien	2,0	20,0	22,0				
Ex-Jugoslawien (sechs Republiken*)				k.A.	37,5	64,6	106,2
Polen		20,0	35,2	41,0	74,7	112,3	187,0
Ungarn		7,0	16,0	24,5	32,5	66,6	122,0
Rumänien		11,0	0,8	5,0	12,0	30,9	95,0
Osteuropa ohne Sowjetunion u. Jugoslawien (ab 1995: ohne Russland u. Ex-Jugoslawien)			59,1	105,2	193,2	254,8	690,7
Sowjetunion / ab 1995 Russland			42,0	94,0	173,0	216,5	370,0

* Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien, Mazedonien / k.A. = keine Angaben verfügbar
 Quellen: Weltbank, nationale Datenbanken, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg.), Countries in Transition 1995 (S. 41)/ 2005, 2009; Vladimir Gligorov u.a., Where have all the Shooting Stars gone? (Current Analyses and Forecasts 4/ July 2009)

Budapest – aber auch in Prag – bildete sich eine eigene, weit verzweigte und mit westlichen Universitätsinstituten verzahnte Forschergruppe heraus, die nicht nur auf wissenschaftlichem Terrain tätig war, sondern auch in deutschen und österreichischen Medien wahrgenommen wurde. Einer ihrer führenden Köpfe, Vaclav Klaus vom Weltwirtschaftsinstitut in Prag, machte nach der Wende auch politische Karriere.

In Ungarn setzte beispielsweise das Budapest Institute für Weltwirtschaft auf einen möglichst uneingeschränkten Markt als Allheilmittel. Als ideologisch treibender Kopf dieses Paradigmenwechsels zeichnete sich András Inotai aus. Sein radikales Freimarkdenken orientierte sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre am britischen Thatcherismus. 1986 trat er mit einer Gruppe von Hayek-Schülern an, um das Weltbild des großen neoklassischen Monetaristen ungarische Wirklichkeit werden zu lassen. Inotais Credo von damals: Flexibilisierung des Arbeits- und Kapitalmarktes sowie eine Reform der Außenwirtschaft. Nicht einmal die Zeitspanne eines Fünf-Jahres-Plans hat es gedauert, bis die Eckpfeiler eines neoliberalen Kapitalismus in die sozioökonomische Landschaft Ungarns geschlagen waren. Schon 1986 wurde mit der so genannten Bankenreform die Monopolstellung der Nationalbank gebrochen,¹⁹ womit ein vom Staat unkontrollierter Devisenhandel Platz greifen konnte. Zwei Jahre später erlaubte die Einführung des Körperschaftsgesetzes private Investitions- und Produktionsstätigkeit in unbeschränktem Rahmen, ein eigenes Joint-Venture-Gesetz, das ausländischen Investoren freien Kapital- und Gewinntransfer garantierte, wurde noch von der kommunistischen "Ungarischen Sozialistischen Arbeitspartei" (MSZMP) erlassen.

1988 war auch das Jahr, in dem das immer noch formal kommunistisch regierte Ungarn eine auf die gewünschte kapitalistische Zukunft ausgerichtete Steuerreform vornahm. Mit der Einführung von Mehrwert- und Einkommensteuer, die auch eine Lohnsteuer beinhaltete, gelang der entscheidende wirtschaftspolitische Schritt über den Rubikon. Als Massensteuern dienen beide – bei gleichzeitigem Fehlen von adäquater Besteuerung von Gewinn und Vermögen – zur Geldabschöpfung aus den privaten Haushalten. Sie stellen, noch dazu in inflationären Zeiten, eine indirekte Enteignung der Besitzlosen dar, finanziert sich doch der Staat unter derartigen steuerlichen Bedingungen zu einem Gutteil über die Geldbörse des kleinen Mannes; wohlgemerkt bei gleichzeitigen Steuerbefreiungen bzw. -erleichterungen für große Investoren.

Letzteren standen mit einem Schlag die Tore der ungarischen Volkswirtschaft weit offen. Mit geradezu messianischem Pathos feierten Wirtschaftswissen-

schaftler und Politiker die ersten "freien Investoren",²⁰ der letzte Handelsminister aus der KP-Ära, Tamás Beck, berichtete euphorisch Ende März 1990 auf einer Tagung in Salzburg über die Erfolge der Openhouse-Politik: "Die ungarische Regierung hat eine Liste von fünfzig ungarischen Großunternehmen zusammengestellt und diese an die großen Banken und Handelskammern der westlichen Länder Europas zwecks Fremdbeteiligung geschickt. Wir können bereits die ersten bemerkenswerten Erfolge verbuchen. Ein französisches Unternehmen beteiligte sich an einer bekannten ungarischen Firma für Messgeräte, eine englische Firma wurde Miteigentümerin einer traditionellen ungarischen Lokomotivenfabrik, ein ungarisches Außenhandelsunternehmen ist zu 100 % in die Hände eines amerikanischen Handelshauses übergegangen."²¹

Die vorbehaltlos positive Grundstimmung dem ausländischen Investment gegenüber mag aus heutiger Sicht naiv erscheinen; zu einem guten Teil speiste sie sich noch aus der alten leninistischen Schule, nach der politische Entscheidungen über gesellschaftliche und ökonomische Prozesse möglich (und wünschenswert) waren. Die kommunistische Nomenklatura und die von ihr ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftler übersahen weitgehend, dass mit der Herstellung eines liberalen Umfeldes für kapitalistische Akkumulation das politische Primat über wirtschaftliche Vorgänge, mit dem auch die Reformen aufgewachsen waren, der Vergangenheit angehörte. Als dies – sehr spät – erkannt wurde, gab es nur mehr einen Weg, nicht aus den Stellungen der Macht weichen zu müssen: die Übernahme von Besitz oder Besitzanteilen an ehemaligen Staatsbetrieben durch die Funktionäre der Staatspartei. Die ungarische Sprache der Wendezeit erfand für diesen meist mafiös betriebenen Besitztransfer sogar ein eigenes Wort: das Fallschirmspringen. Damit war jenes alle Länder Osteuropas prägende Phänomen gemeint, das in der Epoche der Transformation aus alten Betriebs-, Partei- und Regionalkadern neue Eigentümer von ehemals verstaatlichten Betrieben machte. Freilich landeten nicht alle Fallschirmspringer auf sanftem Boden.

Kapitalkräftige Beobachter der Transformationsszene hatten es dabei noch leichter als Mitglieder der heimischen Nomenklatura. Wie eng die 1989er Wende mit westlichen Kapitalinteressen verzahnt war, wie weit ins Persönliche die Verquickungen von (ungarischer) Politik und (westlicher) Ökonomie gingen, zeigt die Aktionärsliste des ersten an einer Börse im Westen notierenden ungarischen Unternehmens. In die im September 1989 an die Wiener Börse gehende Handels- und Reisebürofirma Novotrade kauften sich die damaligen US-Botschafter in Budapest und Wien,

19) Vgl. Hannes Hofbauer, Marktwirtschaft in Ungarn: Eine Fehlplanung. In: Delapina u.a., Ungarn im Umbruch. Wien 1991, S. 44

20) Auch in der kommunistischen Epoche gab es westliche Investoren in Ungarn. Selbst Konsumgüterartikel wie z.B. Unterwäsche (Triumph) wurden in Weltmarktfabriken für den Westen produziert – freilich unter der Devisenkontrolle der Nationalbank.

21) Vgl. Hannes Hofbauer, Marktwirtschaft in Ungarn: Eine Fehlplanung. In: Delapina u.a., Ungarn im Umbruch. Wien 1991, S. 46

Mark Palmer und Ronald Lauder, maßgeblich ein. Wozu, dürften sich die beiden gefragt haben, ist man schließlich Botschafter eines Landes, das immerzu die Freiheit verkündet, wenn man sie sich nicht im geeigneten Augenblick zu nehmen weiß? Dass der Antrieb zur konkreten Privatisierung meist von außen kam, bestätigt auch der Ungarn-Experte des "Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche" (WIIW),

Gabor Hunya. Anlässlich eines Seminars zum Thema EU-Erweiterung meinte er: "Die Projekte kamen alle von außen und haben wenig innere Verankerung".²² Für die Umsetzung von Vorgaben, die IWF und Weltbank entwickelten, bedurfte es ausländischen Kapitals. Die Länder Osteuropas konnten schon aus Kapitalmangel nicht mit der Entstehung einer großen Mittelklasse, einer eigenen besitzenden Bourgeoisie rechnen.

Kapitel II

Kapitalisierung in der Transformation

²³ "Beträchtliche Einschränkungen der Arbeitskräfte-mobilität behindern die Arbeitsmärkte in vielen Reformländern. Die Aufhebung dieser Restriktionen (...) kann die Arbeitsmobilität ankurbeln."²⁴ Und weiter: "Inflexible Löhne können die Umstrukturierung der Beschäftigung unterminieren, selbst wenn andere Märkte gut funktionieren. (...) Vor den Reformen wiesen die ehemaligen Planwirtschaften eine sehr rigide Lohnstruktur auf. Hier verändert sich einiges, doch selbst in einem liberalisierten Umfeld gibt es oft Beschränkungen der Lohnflexibilität, die die Umstrukturierung der Beschäftigung ernsthaft bremsen können. (...) Zu hohe Mindestlöhne begrenzen die Verteilung der Löhne nach unten und verhindern eine Lohnbildung auf markträumendem Niveau." Der Weltbankbericht aus dem Jahr 1995 schreibt Klartext und dokumentiert damit noch sechs Jahre nach der Wende die Schwierigkeiten der Kapitalisierung osteuropäischer Gesellschaften am Beispiel der Herstellung eines Arbeitsmarktes.

Gesicherter Arbeitsplatz, gesicherter Wohnraum, gesichertes Einkommen und damit gesichertes Auskommen. Das war es, was in postkommunistischen Zeiten sozialpolitisch geändert wurde. Trotz umstürzlerischer, antikommunistisch inspirierter Wende waren diese Änderungen jedoch keineswegs allgemein akzeptiert und automatisch möglich. Kapitalisierung musste planmäßig hergestellt werden. Die Weltbank empfahl dafür konkrete Maßnahmen, an die sich die neuen Eliten im Osten auch hielten. Was für man-

chen wie eine linksradikale Provokation klingt, war (und ist) tatsächlich herrschende Diktion: "Zu hohe Mindestlöhne begrenzen die Verteilung der Löhne nach unten und verhindern eine Lohnbildung auf markträumendem Niveau". Diesen Satz muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. An ihm wird klar, wie systematisch bei der Transformation der ex-kommunistischen Volkswirtschaften von Seiten westlicher Finanzinstitute und Wirtschaftsplaner im Dienste akkumulationshungriger Konzerne vorgegangen wurde. Mit der "Verteilung der Löhne nach unten" ist eine Aufforderung verbunden, eine gleichmäßige Lohnstruktur zu diversifizieren, was dann in der Folge "markträumend" wirkte, also einen Teil der Beschäftigten aus dem neu geschaffenen Arbeitsmarkt ausschloss, den es als Markt zuvor überhaupt nicht gegeben hatte. Millionen folgten dieser Doktrin der Markträumung bzw. mussten ihr folgen.

Etwa 15 Jahre dauerte die als "Transformation" bezeichnete Periode, in der eine vollständige Kapitalisierung von zuvor nur über die Außenwirtschaft dem Weltmarkt angehörigen Länder, Regionen und Gesellschaften stattfand. Kapitalisiert wurde in vielfacher Hinsicht. Eine gewisse historische Distanz erlaubt uns, den Ablauf dieser Entwicklung nachzuzeichnen. Zuallererst war es notwendig, die noch vorhandenen Versprechen aus der planwirtschaftlichen Zeit "vom Markt zu nehmen". Das passierte in Form einer Hyperinflation, die in allen Ländern des Ostens stattfand und eine Voraussetzung für Investitionssicherheit bil-

22) Prospects for Europe's Periphery. Statement von Gabor Hunya auf der Konferenz des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche: EU Enlargement and Europe's Periphery. Wien, 22.3.2002, Mitschrift

23) Das Kapitel ist eine wesentlich überarbeitete und geraffte Fassung aus: Hannes Hofbauer, EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen. Wien 2007. S. 47-65, S. 254-280

24) Weltbank (Hg.), Arbeitnehmer im weltweiten Integrationsprozess (=Weltentwicklungsbericht). Washington, Bonn 1995, S. 131

dete. Daran anschließend folgte die Herstellung von Markt als solchem: Absatzmarkt, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, was das Ende staatlicher Subventionspolitik mit sich brachte. Den zentralen Punkt der gesamten Transformationsepoche bildete dann die Privatisierung mit vollständigem Eigentumstransfer, an dem sich die Interessen des an Überschussproduktion, Absatzproblemen und schwachen Renditen leidenden EU-europäischen, US-amerikanischen und ostasiatischen Kapitals überdeutlich zeigten. Neue politische Eliten in den einzelnen Ländern, die sich nach der Auflösung der drei multiethnischen Staaten Sowjetunion, Tschechoslowakei und Jugoslawien allesamt "nationalisierten", boten sich zum großen Teil bereitwillig als Partner der raschen Kapitalisierung ihrer Gesellschaften an. Herausgekommen sind soziale Verwerfungen und extreme regionale Disparitäten als logische Folge einer Politik der "Flexibilisierung" von Wohn- und Arbeitswelt.

Allgemein gesprochen, bedeutete der Übergang von maroden gemeinschaftlichen, großteils staatlichen Strukturen zu Kapitalverhältnissen in sämtlichen Arbeits- und Lebensverhältnissen, wie sie sich in nicht-kommunistischen Staaten über Jahrzehnte entwickelt hatten, die Ablöse des politischen durch das ökonomische Primat. Kapitalistische, auf Verwertungsdruck basierende wirtschaftliche Rationalität übernahm die gesellschaftlichen Verhältnisse im Osten des europäischen Kontinents mit rasender Geschwindigkeit. Bis nach abgeschlossener Transformation der selbe Druck aus dem Osten auf westeuropäische Gesellschaften einzuwirken begann. Beim Steuerwettbewerb nach unten ist das ebenso zu dokumentieren wie bei der Auflösung des die Altersversorgung bestimmenden Generationenvertrages. Kapitalisierung war und ist keine Einwegstraße.

Hyperinflation enteignet die Besitzlosen

Zu Anfang stand die Entwertung des alten Geldes. Hyperinflation ist, sozio-ökonomisch betrachtet, eine Enteignung der Besitzlosen, also jener, die nichts haben als die eigene Arbeitskraft und ein Sparbuch. Diese Erkenntnis stammt von Eduard März,²⁵ dem letzten austromarxistischen Ökonomen, der damit eine Erklärung für die Kronenabwertung im republikanischen Österreich und die Währungsreform des Jahres 1922 mit ihrer vorangegangenen Hyperinflation lieferte.

Die maroden kommunistischen Volkswirtschaften waren – über Jahrzehnte hinweg – vom Phänomen des Mangels an Konsumgütern gezeichnet. Dies implizierte eine relativ hohe Sparquote in allen Ländern des RGW. Der eine hatte Kronen auf der hohen Kante liegen, um sich irgendwann, so die Produktivität der

Fabrik es erlaubte, einen Skoda kaufen zu können; die andere sparte für eine Kücheneinrichtung in Lei, auf deren Kauf sie erst in drei, vier oder mehr Jahren ein planmäßiges Anrecht besaß. Weniger der Preis eines bestimmten Produktes war es, der Käufer vom Erwerb abhielt, sondern das Lieferhemmnis. Also horten Osteuropas ProletarierInnen Milliarden von Rubel, Lei, Kronen, Zloty oder Forint, um bei entsprechender Gelegenheit Konsumgüter kaufen zu können.

Diese beträchtlichen Geldmengen aus kommunistischer Zeit bildeten nach dem Umbruch ein wesentliches Hindernis für die Kapitalisierung der Ökonomie. Die neoliberale Marktwirtschaft erklärte sie für ungültig, standen doch dem erarbeiteten Geld nicht ausreichend Waren gegenüber; als Vorschuss auf demnächst Produziertes konnte es nicht gelten, wollte man neue Eigentümer- und neue Produktionsstrukturen in den einzelnen Ländern einführen. Frische Investoren waren logischer Weise nur dann bereit, ihr Kapital für Gewinn versprechende Unternehmensteile oder neue Produktionen anzulegen, wenn nicht Milliarden von altem Geld im Umlauf waren, das durch nichts gedeckt war als die darin enthaltene, längst geleistete Arbeit. Diese Art der Enteignung nicht eingelöster (Konsum-)Versprechen wurde im Westen allseitig begrüßt und von den entsprechenden Fachleuten ideologisiert. Am offensten tat dies der Osteuropaforscher Werner Gumpel in der damals in München erscheinenden Zeitschrift des "Südost-Instituts", der sich den "Kosten der Transformation" widmet: "Grundsätzlich sollte das Verursacherprinzip gelten. Verursacher war die Kommunistische Partei. Sie existiert, zumindest in ihrer alten Form als Ganzes, nicht mehr. Bleibt das Volk als Ganzes, das ja 'Eigentümer' der Produktionsmittel gewesen ist. Mithin müssen alle Bürger für die entstandenen Schäden und deren Beseitigung im Rahmen einer Neuordnung der Wirtschaft aufkommen. In mehr oder minder gleichem Maße waren diese schließlich die 'Nutznieser' des von der Planwirtschaft bewirkten Werteverzehrs der Volkswirtschaft. Bei geringen Ersparnissen und fehlender Kapitalbildung kann dies durch Inflation und eine Senkung der Reallöhne geschehen."²⁶ Und so geschah es.

Vor diesem Hintergrund war die 1989 und danach in die Länder des Ostens einziehende Inflation nicht bloß Resultat einer falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik, sondern auch politisch gewollt: sie enteignete die Sparer des Sozialismus. Sie betrieb Kapitalvernichtung im Sinne neuer Investoren aus dem Dollar- und DM-Raum, die finanz- und währungspolitische Sicherheit für ihre Geldanlage forderten. Gewinntransfer in die Heimatländer des Kapitals konnte nur durch Konvertibilität der lokalen Währungen garantiert werden; und diese war mit den überschüssig vor-

25) Vgl. Eduard März, Österreichische Bankenpolitik in der Zeit der großen Wende 1913 – 1923. Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe. Wien 1981

26) Werner Gumpel, Makroökonomische Stabilisierung, ihre sozialen Probleme und Kosten der Transformation in Südosteuropa. In: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 4-5/1996. München 1996, S. 02f.

handenen Geldmengen nicht herstellbar. Der durch das Andocken an die Regeln des dollarisierten Weltmarktes eintretenden Inflation folgte anfangs in Polen und anderswo eine restriktive Geldpolitik, die die Menge des Geldumlaufs drastisch beschränkte und an die DM band. Alternativen zum Monetarismus, wie sie mittels Lohnausgleichszahlungen z.B. in Rumänien unter Ion Iliescu oder in Jugoslawien unter Slobodan Milosevic probiert wurden, trugen den dortigen politischen Kräften schwere Rügen seitens des IWF und eine politische Paria-Stellung in der neuen Welt des Neoliberalismus ein.

In fast allen Ländern erreichte die Transformationsinflation dreistellige Zahlen. Polens Konsumenten- und Investitionsgüterpreise verteuerten sich zwischen 1989 und 1990 um 600 %. In wenigen Monaten war das in der Kommune-Zeit Erarbeitete nichts mehr wert. 1991 erreichte die Hyperinflation Bulgarien (320 %) und Rumänien (200 %), 1992 Slowenien (200 %), das bereits im ersten Jahr seines Bestandes 1991 mit einer dreistelligen Inflationsrate zu kämpfen gehabt hatte. Russische und ukrainische Sparer wurden im Jahr 1992 enteignet; Russland durchlebte eine Inflation in der Höhe von 1.500 %, die Ukraine schraubte sich von 1.200 % (1992) auf 5.300 % (1993). Dagegen nahmen sich die tschechische Inflationsrate von 60 % (für 1991) und die ungarische von 35 % (für 1991) geradezu unbedeutend aus; sie zeugen tatsächlich von einer gewissen Stärke der beiden Volkswirtschaften.

Steigerung der Konsumentenpreise gegenüber dem Vorjahr			
	1990	1991	1992
Tschechien	10 %	60 %	11 %
Slowakei	10 %	60 %	10 %
Ungarn	29 %	35 %	23 %
Polen	585 %	70 %	43 %
Bulgarien	23 %	340 %	90 %
Rumänien	5 %	175 %	210 %
Kroatien	610 %	120 %	660 %
Slowenien	550 %	115 %	200 %

Quelle: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg), Countries in Transition 1995. Wien 1995

Parallel zu den Hyperinflationen enteigneten drastische Reallohnneinbußen in den ersten Wendejahren diejenigen LohnarbeiterInnen, die noch Arbeit in den Staatsbetrieben hatten. In Polen und Slowenien verloren die ProletarierInnen bereits 1990 ein Viertel ihres Lohneinkommens (im Vergleich zum Jahr davor); in der Tschechoslowakei und Rumänien vermissten sie selbiges Viertel ein Jahr später auf dem Lohnzettel, in Bulgarien betrug der Reallohnverlust gar 39 %.²⁷

Indizierte Preisentwicklung für Konsumgüter bis 1994 (bei 1990 = 100)

Tschechien	231
Slowakei	247
Ungarn	241
Polen	435
Bulgarien	2.845
Rumänien	7.887
Kroatien	54.500
Slowenien	1.062
Russland	112.980
Ukraine	1.358.134

Quelle: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg), Countries in Transition 1995. Wien 1995

Deindustrialisierung

Produktionseinbrüche begleiteten das erste Wendejahrfünft bis 1994. Der bereits seit Mitte der 1970er Jahre beginnende Wirtschaftsabschwung beschleunigte sich in Osteuropa 1989 dramatisch. Nun ging es um die Substanz der seit Kriegsende aufgebauten Industrie. Zwischen 1990 und 1993 löste sich die Branchen- und Produktionsstruktur der kommunistischen Epoche auf. In Polen brach die industrielle Produktion 1990 im Vergleich zum Vorjahr um ein Viertel (24,2 %) ein, in der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien passierte dies ein Jahr später; Ungarn verlor 1992 ein Fünftel seiner industriellen Kapazitäten. Im Zeitraum zwischen 1990 und 1993 sank die Produktion von Industriegütern – je nach Land unterschiedlich – um 40 % bis 70 %. Am härtesten betroffen waren – neben den vom Krieg gezeichneten Bosnien-Herzegowina und Kroatien – Polen, Bulgarien und Rumänien.

Produktionseinbrüche in der Industrie 1990 – 1994					
	1990	1991	1992	1993	1994
	in % – jeweils im Vergleich zum Vorjahr				
Bulgarien	-16	-22	-16	-11	+5
Kroatien	-11	-29	-15	-6	k.A.
Tschechien	-3	-24	-15	-5	+2
Slowakei	-3	-24	-14	-11	+6
Ungarn	-10	-17	-10	+4	+9
Polen	-24	-12	+4	+7	+12
Rumänien	-19	-23	-22	+1	+3
Russland	0	-8	-18	-14	-21
Ukraine	0	-5	-6	-8	-28

Quelle: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg), Countries in Transition 1995. Bei Polen ist zu beachten, dass die Wende de facto schon 1988 einsetzte.

Zwischen vier und fünf Jahre dauerte die Phase der Deindustrialisierung alter staatlicher oder kollektiv geführter Kombinate, um daran anschließend an ihrer Stelle – entweder in Form von Übernahmen oder Greenfield-Investment (Neugründungsinvestition) – auf den Weltmarkt ausgerichtete neue Produktionsstrukturen aufzubauen.

Im Visier der neuen osteuropäischen Eliten, die allesamt auf West-Kredite bzw. Umschuldungen von alten Krediten angewiesen und somit ohne das Plazet von IWF und Weltbank handlungsunfähig waren, befanden sich vor allem die Staatsbetriebe. Diese wurden nach dem nun geltenden kapitalistischen Verwertungsprinzip einerseits als am Weltmarkt konkurrenzunfähig dargestellt, andererseits bereiteten deren Produktionskapazitäten den westeuropäischen und US-amerikanischen Konkurrenten dennoch Sorge. Immer wieder kam es vor, dass größere Industrie-einheiten in osteuropäischen Ländern von ihren potenziellen westlichen Konkurrenzfirmen aufgekauft wurden, um sie in der Folge zuzusperren und sich damit eines Konkurrenzstandortes zu entledigen. In diesem Zwiespalt – der ideologisch breitgetretenen Konkurrenzunfähigkeit und ihrer den westlichen Konkurrenzfirmen gefährlich werdenden Produktionskapazität – versanken große Teile der in den 1960er- und 1970er-Jahren aufgebauten osteuropäischen Industrie. Erst deren Zerschlagung und anschließende Schließung bzw. Teilprivatisierung ebnete das Feld für die multinationalen Konzerne, die seither das Terrain in allen Ländern Osteuropas beherrschen.

Der staatliche Sektor wurde dabei von mehreren Seiten in die Zange genommen. Wichtig dafür war das Verbot von Bartergeschäften – das sind Tauschgeschäfte zwischen Produkten, die ohne Geldtransfers ablaufen – für Exporte innerhalb der (ehemaligen) RGW-Zone. Damit wurden auch durchaus lebensfähige Industriebetriebe in die Knie gezwungen, um wenig später von westeuropäischen, US-amerikanischen oder ostasiatischen, teilweise auch türkischen Konkurrenten vom Markt gedrängt zu werden.

Zum Beispiel der weltgrößte Autobushersteller Ikarus aus Ungarn. Im Februar 1990 veranlasste der IWF, mit Zustimmung der konservativen Regierung József Antall, einen Lieferstopp von Bussen in den RGW-Raum und in arabische Länder. Auf der Basis von Gegengeschäften beispielsweise mit russischem Erdöl durften keine Busse mehr außer Landes gebracht werden, ansonsten versprochene IWF-Kredite, die die Regierung zur Budgetkonsolidierung brauchte, nicht ausbezahlt würden. Sofort beurlaubte der Autobusgigant 10.000 Beschäftigte.²⁸ Ein Jahr später war es um die Marktstellung des Busproduzenten gesche-

hen. Ungarns dadurch arbeitslos gewordene Automobilarbeiter produzieren in der Folge für Weltmarken wie Audi, Volkswagen und Suzuki.

Der Deindustrialisierung folgte eine handels- und wirtschaftspolitische Neuorientierung. Schon nach knapp zehn Jahren Reformreife hatte sich eine völlige Änderung der Außenhandelsbeziehungen ergeben: Bulgarien exportierte 1999 bereits 52 % seiner Waren in die EU (1990 waren es 5 %), Tschechiens EU-Exportanteil stieg von 38 % (1990) auf 69 % (1999), der Ungarns von 42 % (1990) auf 76 % (1999), der Polens von 53 % (1990) auf 70 % (1999), der Rumäniens von 34 % (1990) auf 65 % (1999). Mit der handelspolitischen Umorientierung änderte sich die Exportstruktur.²⁹ Die Wirtschaft der neu kapitalisierten osteuropäischen Staaten wurde selektiv, den Erfordernissen des Zentrums folgend, in die Akkumulationskreisläufe des Weltmarktes, insbesondere in der Europäischen Union, integriert. In Tschechien, Ungarn, der Slowakei und Slowenien übernahm die PKW-Produktion bzw. der Zusammenbau von PKWs eine wichtige Rolle. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts zählt dieser Industriezweig zu den ausgereiften, nicht besonders innovativen Branchen.

Ein drittes Instrument zur Aushungerung osteuropäischer Staatsbetriebe war steuerlicher Art. Der IWF drängte Länder wie Ungarn und Polen, den staatlichen Sektor durch die Einführung von Sondersteuern zu belasten. So wurde in Zeiten hoher Inflationsraten beispielsweise in Polen die berüchtigte "Popiwiek"-Steuer eingeführt, eine Strafsteuer für Staatsbetriebe, die ihre Löhne – nach erfolgten Reallohneinbußen von knapp 25 % – erhöhen wollten. Die damit erzwungene Folge: die besten Arbeiter verließen die Restkollektive und begaben sich in die Privatwirtschaft. Umgekehrt erhielten private Investoren, die sich zeitgleich bei den zuständigen Ministerien meldeten, großzügige Steuervergünstigungen, wie sie überall in peripheren Weltregionen üblich sind.³⁰

Selbst im klassischen Indikator für die Entwicklung einer Volkswirtschaft, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), also der Summe aller (steuerlich erfassten) ökonomischen Leistungen in einem Lande, kommt der Zusammenbruch des europäischen Ostens auf drastische Weise zum Ausdruck. Obwohl dieser Indikator keinerlei gesellschaftliche Verteilung des Erwirtschafteten angibt und somit für eine kritische Analyse weitgehend unbrauchbar ist, zeigt er auf der zeitlichen und räumlichen Vergleichsschiene doch das osteuropäische Desaster auf. Sämtliche nationalen Statistiken weisen in den ersten Jahren nach der Wende zweistellige Einbrüche des BIP auf: in Polen bereits 1990, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Bulgarien und Rumänien im Jahr 1991 (jeweils verglichen mit

28) Hannes Hofbauer, Marktwirtschaft in Ungarn: Eine Fehlplanung. In: Delapina Franz u.a., Ungarn im Umbruch. Wien 1991, S. 62

29) Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg.), Peter Havlik u.a., The Transition Countries in Early 2000: Improved Outlook for Growth, But Unemployment is Still Rising (Research Report Nr. 266/ Juni 2000). Wien 2000, S. 17

30) Ende der 1990er Jahre sind beispielsweise Körperschaftssteuern in Estland, Polen und der Slowakei gestrichen worden.

dem Vorjahr). Das einzige Land, das auf Grund seiner relativen ökonomischen Stärke einen massiven Einbruch des Bruttoinlandsproduktes verhindern konnte, war Slowenien.³¹

Rückgang des Bruttoinlandsprodukts				
	1990	1991	1992	1993
	in % – jeweils im Vergleich zum Vorjahr			
Bulgarien	-9,0	11,5	-7,0	-2,5
Kroatien	-8,5	-21,0	-10,0	-3,5
Tschechien	-1,0	-14,0	-6,5	-1,0
Slowakei	-2,0	-14,0	-7,0	-4,0
Ungarn	-3,5	-12,0	-3,0	-1,0
Polen	-11,5	-7,0	-2,5	+4,0
Rumänien	-5,5	-13,0	-10,0	+1,0
Russland	-2,0	-13,0	-19,0	-12,0
Ukraine	-2,0	-11,5	-13,5	-14,0

Quelle: WIIW, Weltbankberichte

Marktherstellung

Dem Transformationsplan eigen war auch die Herstellung von Märkten generell und dem Arbeitsmarkt im besonderen. Es herrschte ein unbedingter Wille zur Mobilisierung der Arbeitskräfte, die zu Zeiten unkündbarer kommunistischer Arbeits(zwangs)verhältnisse äußerst gering war. Am radikalsten ist dies in Jugoslawien geschehen. Dort hat der Krieg nicht nur zur Vernichtung "sozialer Überschüsse"³² geführt, sondern über die Vertreibung von drei Millionen Menschen auch zu einer Mobilisierung aller Berufsgruppen und Qualifikationen. Das Medium Krieg zerstörte damit auf brutalste Weise eine Sozialstruktur, die gerade im am schlimmsten verwüsteten Teil, in Bosnien, auf (teil-)subsistenten Haushaltsformen basierte und ethnisch gemischt war.

Eines bringt Mobilität der Arbeitskraft – egal ob durch Krieg oder weniger brutale Deregulierungsmethoden herbeigeführt – auf jeden Fall mit sich: ihre Verbilligung, wie im einleitenden Zitat aus dem Weltbankbericht 1995 eindrucksvoll dargestellt: "Inflexible Löhne können die Umstrukturierung der Beschäftigung unterminieren, selbst wenn andere Märkte gut funktionieren. (...) Zu hohe Mindestlöhne begrenzen die Verteilung der Löhne nach unten und verhindern eine Lohnbildung auf markträumendem Niveau."³³ Die Sorgen der Banker konnten zerstreut werden. Die Arbeitsmärkte in den Ländern Osteuropas sind heute geräumt. Nutzbar können sie von jenen multinatio-

nen Konzernen verwendet werden, die lohnintensive Teile ihrer Standortketten in Billiglohnbereichen auslagern. Die Lohnhöhe spielt dabei eine in westlichen Medien immer wieder kleingeschriebene, in Wahrheit jedoch wichtige Rolle. Während Mitte der 1990er Jahre der durchschnittliche Bruttostundenlohn in den westlichen deutschen Bundesländern bei 44,- DM und in Ostdeutschland bei 26,50 DM gelegen ist, betrug er in Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien zwischen 3,- und 4,- DM, in Rumänien 1,40 DM.³⁴

Voraussetzung für die angesprochene "Räumung" des Arbeitsmarktes war neben Flexibilisierung und Deregulierung auch schlicht die Reduzierung der hohen Zahl an ArbeiterInnen. Mehr noch als die Arbeitslosigkeit drückt der Rückgang der lohnarbeitenden Bevölkerung den Strukturwandel in Osteuropa aus. War es in Kommunezeiten, die freilich keinen Arbeitsmarkt kannten, üblich, dass Männer und Frauen gleichermaßen beschäftigt waren, so passten sich die osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten innerhalb von zehn Jahren allesamt an das bürgerliche Gesellschaftsmodell an. Seine flexibel und dereguliert ausgeprägte Struktur benötigt wesentlich weniger Lohnabhängige als die kommunistische Vorstellung einer Arbeitsgesellschaft. Vor allem Frauen fielen während der ersten Transformationsdekade aus den geregelten Beschäftigungsverhältnissen heraus. Im traditionellen Industrieland Tschechien (Böhmen und Mähren) sind im Jahr 2000 um 39 % weniger Personen unselbständig beschäftigt als zehn Jahre zuvor (das sind 1.974.000 Menschen), in Bulgarien waren es gar 54 %, in Rumänien 46 %, die aus dem Arbeitsprozess herausfielen. In Ungarn ging der Beschäftigtenstand während des ersten Transformationsjahrzehnts um 35 % zurück, in Polen um 16 %. Alles in allem gingen in den späteren osteuropäischen EU-Beitrittsländern (ohne Baltikum, für das keine vergleichbaren Zahlen vorliegen) zwischen 1990 und 2000 10,5 Millionen Arbeitsplätze³⁶ verloren. Bei weitem nicht alle planwirtschaftlich Beschäftigten kehrten nach der ökonomischen Neuausrichtung in den kapitalisierten Arbeitsprozess zurück, wie die folgende Tabelle (auf Seite 16) veranschaulicht.

Parallel dazu kletterte die Arbeitslosenrate in zeitweise astronomische Höhe. 2002 betrug sie laut offiziellen Statistiken in Polen 20 %, in der Slowakei 19 %, in Bulgarien 18 %, in Estland 13 %, in Tschechien 8 %, in Lettland, Litauen und Rumänien jeweils knapp über bzw. unter 8 %, in Slowenien 7 % und in Ungarn 6 %. Am Vorabend der gewünschten Beitritte zur Europäischen Union standen damit in den zehn

31) WIIW (Hg.), Countries in Transition 1995. Wien 1995, S. 38f.

32) Die Ethnisierung des Sozialen. Materialien für einen neuen Antimperialismus Nr. 6. Berlin 1993, S. 91

33) Weltbank (Hg.), Arbeitnehmer im weltweiten Integrationsprozess (= Weltentwicklungsbericht). Washington, Bonn 1995, S. 131

34) Institut für Deutsche Wirtschaft (1996). Zit. in: Hans-Jürgen Wagener/Heiko Fritz, Transformation – Integration – Vertiefung. Zur politischen Ökonomie der Osterweiterung. In: dies. (Hg.), Im Osten was Neues. Aspekte der EU-Osterweiterung. Bonn 1998, S. 32

35) Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg.), Countries in Transition. Wien 2001, S. 38f.

36) ebd.

Kandidatenländern knapp über 6 Millionen arbeitsuchende Menschen ohne Erwerbsmöglichkeit da. Den offiziellen Zahlen können – je nach Land – ohne großes Bedenken 5-10 % dazugeschlagen werden, um beschönigende Tricks der Statistik auszugleichen.

Beschäftigtenrückgang zwischen 1990 und 2006 in Prozent	
Ungarn	- 27 %
Polen	- 10,5 %
Tschechien	- 10 %
Slowakei	+ 6 %
Rumänien	- 16 %
Bulgarien	- 24 %

Quelle: WIIW, RZB-Group, Fischer Weltalmanach, eigene Berechnungen

Ersetzt wurden die ehemals geregelten Arbeitsverhältnisse durch das bekannte Sortiment postfordistischer Überlebensstrategien: Kioskkapitalismus, allerlei deregulierte Jobs in so genannten "Schwitzbuden", Wanderarbeit, Migration und die Flucht in eine subsistente bzw. teilsubsistente Lebensweise.³⁷

Sozialer Schock: "transition mortality"

Die Deindustrialisierung der alten Kernbereiche ging in ganz Osteuropa in beispielloser Geschwindigkeit vorstatten. Und sie hinterließ eine soziale Verwüstung, die von der Lebenserwartung über den Kalorienverbrauch bis zur Reproduktionswilligkeit statistisch wahrnehmbar wurde. Eine Studie des UNICEF-Weltkinderhilfswerks aus dem Jahr 1994 belegt auf erschütternde Weise die Brutalität der Wende.³⁸

Beginnen wir beim raschen, unerwarteten Tod. Mit der Ausnahme der Tschechoslowakei respektive Tschechiens und der Slowakei stieg im untersuchten Zeitraum zwischen 1989 und 1993 in allen osteuropäischen Ländern die Sterberate signifikant. Notierte man im ohnehin von Krisen geschüttelten Rumänien des letzten Jahres der KP-Herrschaft (1989) 10,6 Todesfälle auf 1000 Bewohner, so waren es vier Jahre später 11,6. Das ergibt einen Anstieg der Sterberate um knapp 10 %. In Bulgarien betrug dieser Wert im selben Zeitraum unmittelbar nach der Wende (1989-1993) 7,5 %, in Polen 5,2 % und in Ungarn 5,1 %. Zusammen mit Russland und der Ukraine, die in der UNICEF-Studie mit berücksichtigt sind und eine besonders starke Erhöhung der Todesrate aufweisen, starben im Jahre 1993 im Osten um 1,4 Millionen Menschen mehr als vier Jahre zuvor.³⁹

Die Autoren der UNICEF-Studie nennen dieses im herrschenden Diskurs über die Wendejahre weitgehend unberücksichtigt gebliebene Phänomen "transi-

tion mortality". Betroffen davon sind eher Männer als Frauen und von diesen wiederum insbesondere Arbeiter im Alter zwischen 35 und 49 Jahren. Ursachen für die erhöhte Sterberate ortet die Studie in vermehrt auftretendem Herz- und Kreislaufversagen sowie Krebs, weiters in sichtbar höheren Selbstmordzahlen (v.a in Russland, der Ukraine und Ungarn) sowie einer stark angestiegenen Opferzahl im Straßenverkehr.

Teile einer im Kommunismus groß gewordenen Generation haben die wirtschaftliche Krise und deren heftige soziale Auswirkungen offensichtlich nicht verkraftet. Auf der Strecke sind 1,4 Millionen Menschenleben geblieben. Ihr zu früher Tod klagt die Konstrukteure der Wende an. Diese wollen allerdings von solchen Opfern nichts wissen. Unbrauchbar gewordene Proletarier in der Mitte ihres Arbeitslebens sind der neoliberal gehaltenen Transformation ein reiner Kostenfaktor. Wenn sich ein solcher durch Herzinfarkt, Selbstmord oder Autocrash minimiert, könnte dies, zynisch gesprochen, im Sinne von Budgetsanierung und Stellenabbau als Erfolg verbucht werden. Um darüber nicht nachdenken zu müssen, wurde die Studie der UNICEF in Europas Medien weitgehend verschwiegen und weitere Studien, die Zusammenhänge zwischen ökonomischer Transformation und sozialen Opfern feststellen hätten können, nur sehr selektiv in Auftrag gegeben.

"Transition mortality" trug nur als grausamste Teilmenge zu einem allgemeinen Bevölkerungsschwund bei, der auch im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts nicht wieder aufgeholt werden konnte. Sinkende Kinderzahlen und Abwanderung haben den Osten Europas bevölkerungsärmer gemacht. Die Ausnahme bildet einzig die Slowakei, wo in den zwanzig Jahren nach der Wende die EinwohnerInnenzahl leicht zugenommen hat. Als größte demographische Verlierer weist die Statistik Bulgarien mit einem Minus von 12,6 % und Rumänien mit einem Minus von 7,3 % aus.

Bevölkerungsrückgang 1990 bis 2008		
EinwohnerInnen	1990	2008
Bulgarien	8,7 Mio.	7,6 Mio.
Kroatien	4,7 Mio.	4,4 Mio.
Tschechien	10,4 Mio.	10,4 Mio.
Slowakei	5,3 Mio.	5,4 Mio.
Ungarn	10,4 Mio.	10,0 Mio.
Polen	38,2 Mio.	38,1 Mio.
Rumänien	23,2 Mio.	21,5 Mio.
Slowenien	2,0 Mio.	2,0 Mio.
Russland	148,5 Mio.	141,9 Mio.
Ukraine	51,9 Mio.	46,2 Mio.

37) Vgl. dazu: Hannes Hofbauer, Osteuropa: Die sozialen Folgen der Transformation. In: Andrea Komlosy u.a. (Hg.), Ungeregelt und unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft. Frankfurt/M. 1997, S. 183ff.

38) Crisis in Mortality, Health and Nutrition. Economic in Transition Studies. Regional Monitoring Report (UNICEF-Studie), 2/1994. Florenz

39) ebd., S. 35/36

Privatisierung und Eigentumstransfer

Die ökonomische Triebkraft der Transformation Osteuropas ging von der Produktivität der großen Anlage suchenden Unternehmen Westeuropas aus. Ihr enormer Akkumulationsdruck fand im zerfallenden RGW ein lukratives Betätigungsfeld. Die Osterweiterung der Europäischen Union diene vornehmlich dazu, den stärksten Kräften im Westen – den so genannten "Global Players" – neuen Marktraum zu erschließen und diesen mit Hilfe des Regelwerkes des "Acquis communautaire" abzusichern. Dieser "Acquis communautaire" ist das in 31 Kapitel unterteilte und auf ca. 80.000 Seiten aufgeschriebene juristische Regelwerk des Erweiterungsprozesses der Europäischen Union; im Kern basiert es auf den vier kapitalistischen Grundfreiheiten: dem ungehinderten Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskraft, wobei letztere zeitverschoben in Kraft tritt.

Zum erweiterten Absatzmarkt kommt ein Arbeitsmarkt, der Millionen von gut ausgebildeten und verarmten, daher billigen ProduzentInnen umfasst. Damit eröffnet sich mit der Anbindung des Ostens an die westeuropäischen Zentren ein weites Feld für Investitionen, für deren Sicherheit Brüsseler Kommissare, örtliche Verwalter und schließlich eine militärische Eingreiftruppe verantwortlich zeichnen.

Bereits vor der Aufnahme der ehemaligen RGW-Länder und Sloweniens (sowie demnächst Kroatiens und eventuell Makedoniens) in das Brüsseler Regelwerk war der Eigentumstransfer abgeschlossen. Das Zauberwort hierfür hieß Privatisierung.

Allein der Wortstamm gibt zu denken. Vom Lateinischen "privare" her bedeutet seine Übersetzung schlicht "rauben, berauben". Viel medialer Mühe hat es im herrschaftlichen Diskurs von Kommentatoren des Zeitgeschehens offensichtlich nicht gebraucht, um den Begriff positiv zu besetzen. Bis hinein in die Gewerkschaftselite ist es gelungen, dem Wort "Privatisieren" einen dynamischen Charakter zu verleihen, der für "bessermachen" und "ausnützen" im Sinne einer gesellschaftlichen Nutzbarmachung steht. Das Gegenteil ist der Fall.

Privatisiert wurden – bis auf wenige Ausnahmen – sämtliche staatlichen und kollektiv besessenen oder genutzten Einrichtungen, von Fabriken und Betrieben über Immobilien, Grund und Boden, Geschäftslokale bis zu Infrastruktureinrichtungen. Dies passierte – in den einzelnen Ländern unterschiedlich – auf vier verschiedene Arten:

- Verkauf durch staatliche Agenturen, meist Treuhandgesellschaften genannt
- Rückgabe an vormalige Eigentümer bzw. deren Erben
- Verkauf von Staatsanteilen durch Coupons
- Auktionen

Industrielle Herzstücke wurden in aller Regel von staatlichen Agenturen in einem Bieterverfahren an westliche Konkurrenten oder andere Kapitalgesellschaften verkauft. Ein in Deutschland bekanntes Parade-

beispiel hierfür mag hier die Expansion von "Volkswagen" sein, das mit der Übernahme von Skoda in Tschechien wohl einen der lukrativsten industriellen Staatsbetriebe erhalten hat. Die Verkäufe brachten den Budgets schon deshalb verhältnismäßig wenig Geld ein, weil alle Staaten zur selben Zeit alles an ausländische Käufer bringen wollten. Wenn die Eliten eines halben Kontinents im Privatisierungsrausch liegen und in zehn Jahren sämtliche großen Betriebe verkaufen wollen, sinkt der Verkaufspreis logischer Weise stark. Zehn Stahlwerke auf der Suche nach neuen Besitzern drücken einfach die Preise. Allein deshalb konnte die Privatisierung die monetären Erwartungen nicht erfüllen. Dazu kam eine in Wendezeiten umso unvermeidlichere Intransparenz, hinter der sich so mancher frühere Direktor im Verein mit ministeriellen Stellen beim Privatisierungsprozess bereichern konnte. Der staatliche Verkauf erzielte vor diesem Hintergrund nur geringe Preise, außerdem haftete ihm der – in der vorliegenden Situation unvermeidliche – Geruch von Bestechlichkeit und Korruption an.

Als einziges Land, in dem Privatisierung keinen Ausverkaufcharakter annahm, ist Slowenien zu nennen. Dessen titoistisch-jugoslawische Betriebe im Eigentum von Körperschaften der Arbeiterselbstverwaltung wurden den Arbeitern und Angestellten des Betriebes in einem System des "Workers buy out" billig und zu Vorzugspreisen angeboten. Die daraus erfolgte Transformation einer schmalen titoistischen zu einer stärkeren kapitalbildenden Mittelschicht erfüllte den selbst gesteckten Zweck.

Rückgabe bzw. Restitution an vormalige Eigentümer war die wohl heftigst umstrittene Art der Privatisierung. Ihre streng konservative ideologische Ausrichtung irritierte jene liberalen Kräfte, die in der Privatisierung keine Wiedergutmachung von Unrecht sahen, sondern einen raschen Weg zur Kapitalisierung. Das Argument der Liberalen, wonach ein Restituierter mit dem Eigentum seiner Vorfahren weniger anfangen könnte als ein neuer Investor, traf auf das Rechtsempfinden der von den Kommunisten Enteigneten bzw. deren Kinder.

Privatisierungen durch Coupon-Vergabe fanden nicht in allen Ländern statt. Den ideologischen Hintergrund dafür bildete die Idee eines Volkskapitalismus, in dem das Volk – so viel jemand wollte oder konnte – an dem staatlichen Eigentum beteiligt werden sollte. Überall dort, wo diese Art der Privatisierung, wie z.B. in der Tschechoslowakei, durchgeführt wurde, kam es zu groben Unregelmäßigkeiten. Denn der Wert der ausgegebenen oder billig gekauften Anteilsscheine an Staatsbetrieben stand nirgendwo fest, so dass es für Banken oder Fonds ein leichtes Spiel war, Coupons de facto zu Spekulationspapieren auf einem Markt zu machen, der mit den jeweiligen Betrieben überhaupt nichts zu tun hatte. Das Beispiel des Direktors für die tschechische Couponprivatisierung, Jaroslav Lizner, der 1995 wegen Korruption zu sieben Jahren Haft verurteilt worden ist, steht dabei nur für eines unter vielen.⁴⁰

Auktionen bzw. Versteigerungen muteten für manche als die gerechteste Form der Privatisierung an. Das anfängliche Teilnahmeverbot von ausländischen Bietern z.B. in der Tschechoslowakei sollte verhindern, dass die kapitalschwache eigene Bevölkerung ohne jede Chance blieb. De facto wurde dieses Verbot von Strohmannern umgangen, bei denen sich die örtliche Gemeinde dann in jedem Einzelfall wunderte, woher der Landarbeiter oder die Arbeiterin plötzlich so viel Geld für den Erwerb eines Geschäftslokales in bester Lage aufbringen konnte.

Das Mix an Privatisierungsarten, der innenpolitische Streit darüber, welche Betriebe, Immobilien oder Gründe auf welche Weise private Eigentümer erhalten sollten, die parallel dazu stattfindenden staatlichen Auflösungsprozesse in der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und Jugoslawien sowie ganz generell der gesellschaftliche Werteverlust haben aus den vielfältigen Arten des postkommunistischen Eigentumstransfers Formen von "primitiver Akkumulation" gemacht, die oft von mafiösem Charakter geprägt waren.

Fünfzehn Jahre (von 1989 bis 2004) hat sich Brüssel mit der Hereinnahme osteuropäischer Länder in das Regelwerk der Europäischen Union Zeit gelassen. Diese eineinhalb Jahrzehnte wurden gebraucht, um bereits vor der Aufnahme der Kandidaten einen vollständigen Eigentümerwandel in der Wirtschaftsstruktur der betroffenen Länder durchzusetzen. Die erste Übernahmewelle funktionierte idealtypisch unter Bedingungen weicher lokaler Währungen vor deren fester Anbindung an die Deutsche Mark. Dies gewährleistete zusätzlich zur relativen Unterbewertung der ehemaligen Staatsbetriebe einen noch billigeren Einkauf. Die Unterbewertung war allerdings schon deshalb eklatant, weil es sich bei durchwegs allen Übernahmen (außer in Slowenien) de facto um Notverkäufe handelte.

Gewinntransfers: Das Kapital fließt von Ost nach West

"Die Österreicher haben schon in der Monarchie von der tschechischen Industrie gelebt." Mit diesem Statement versuchte sich Peter Goldscheider, Manager von EPIC, eines der größten so genannten Finanzdienstleister für Mittel- und Osteuropa, Anfang der 1990er Jahre beliebt zu machen, als er im Namen großer westlicher Konzerne die Privatisierung von Staatsbetrieben vorbereitete. Goldscheiders Vorfahren betrieben in seligen habsburgischen Zeiten eine bekannte Keramikmanufaktur. Und wie damals, so mag es sich der heutige Privatisierungsberater für Großkonzerne gedacht haben, können die vergleichsweise niedrigen Lohnkosten in Böhmen und Mähren

österreichischen Unternehmern Zusatzprofite beschreiben. Tatsächlich ist dies die entscheidende betriebswirtschaftliche Motivation, warum seit 1989 Westfirmen im Osten Standorte via Privatisierung aufkaufen oder neue errichten.

Die Wende 1989 gab den Startschuss für die Auslagerung von tausenden Produktionsschritten und Industriewerken nach Osteuropa. Die meisten von ihnen funktionieren als verlängerte Werkbänke westlicher Konzerne, an denen Herstellungsprozesse stattfinden, die von Experten als "arbeitsintensive Niedriglohnfertigung" bezeichnet werden. Die ungeschützte Eroberung des plötzlich in den Arbeitsmarkt geworfenen Proletariats entbehrte anfangs gesetzlicher Grundlagen, weswegen in westlichen Medien immer von der Unsicherheit des Investments gesprochen wurde. Es wurden Korruption und fehlende Arbeitsmoral im Osten beklagt. Dennoch fand eine rasche Erweiterung der "Wertschöpfungsketten" – so die betriebswirtschaftliche Bezeichnung für eine globalisierte Produktionsstruktur – auf östliche Standorte statt. Die Lohnunterschiede waren zu verlockend, als dass sich Investoren von Bestechungssitten hätten abschrecken lassen. Mitte der 1990er Jahre, also zu jenem Zeitpunkt, als die großen produktionstechnischen Erweiterungen von multinationalen Konzernen stattfanden, konnten Investoren mit einer Differenz zum durchschnittlichen deutschen Bruttolohn in der Höhe von 1:10 bis 1:34 rechnen. Die ungarische Industriearbeitsstunde kostete 1994 zehn Mal so wenig wie eine westdeutsche. Und bulgarische oder rumänische Arbeiter waren vor Ort um 34 Mal billiger als ihre deutschen Kollegen.⁴¹ Best ausgebildete tschechische und slowakische Werk tätige gaben sich mit 13 bis 15 Mal geringeren Löhnen zufrieden als der vergleichbare westdeutsche Kollektivvertrag vorgesehen hat. Unter solchen Bedingungen gingen große Westkonzerne wie Volkswagen in den Osten. Zur Beseitigung juristischer und steuerlicher Unsicherheiten folgten ihnen Heerscharen von Experten, die die Europäische Union entsandte, um bürgerliche Rechtssysteme über die nach der Wende vollständig deregulierten Arbeits- und Produktionsverhältnisse zu stützen. Die Absicherung dieser Verhältnisse wird Integration genannt.

In der Zwischenzeit sind die Löhne mit dem rasanten Anstieg der Lebenshaltungskosten im Gefolge der Abschaffung von staatlichen Subventionen gestiegen. Durchschnittliche Monatslöhne betragen zur Jahrhundertwende in Bulgarien und Rumänien 150 US-Dollar, in der Slowakei 350, in Tschechien, Polen und Ungarn um die 500 US-Dollar; einzig Slowenien mit Industriearbeiterlöhnen von 1000 US-Dollar kommt in die Nähe westeuropäischer Verhältnisse.⁴²

40) Financial Times, 20.10.1995

41) Institut der Deutschen Wirtschaft (Hg.), Informationsdienst des IW (iwd). O.O. 1996, S. 22; zit. in: Hans-Jürgen Wagener/Heiko Fritz (Hg.), Im Osten was Neues. Aspekte der EU-Osterweiterung. Bonn 1998, S. 32

42) Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg.), Countries in Transition 2001. Wien 2001, S. 146f.

Die auf billiger osteuropäischer Arbeitskraft beruhende Erfolgsgeschichte westlicher Investoren wird in Industriellenkreisen gefeiert. "Es fand ein rasanter 'Ausverkauf' statt",⁴³ stand beispielsweise in der Hauspostille der österreichischen Industriellenvereinigung zu lesen; "Multis und später auch westliche Klein- und Mittelbetriebe griffen schnell nach den Rosinen." "Ich sehe das nicht als eine von der EU geplante Strategie", meint dazu Peter Hasslacher, ein Experte der Wirtschaftskammer für die Osterweiterung, "es drückt einfach die ökonomischen Kräfteverhältnisse aus."⁴⁴

Diese ungleichen Kräfteverhältnisse haben dazu beigetragen, dass vor allem Ungarn, aber auch die Slowakei und Tschechien zu verlängerten Werkbänken für die (west)europäische Automobilindustrie geworden sind. Feststellbar ist dabei, dass mit dem Volkswagenkonzern ein Unternehmen besonders stark investiert hat. Die Marke Skoda wurde zudem weiterentwickelt, was in diesem Fall auch Forschungs- und Entwicklungsarbeit im böhmischen Jungbunzlau bedeutet und über den Charakter einer verlängerten Werkbank hinausweist. Statistisch läuft diese Art der Osterweiterung unter dem Kürzel "Maschinen und Fahrzeugbau". Diverse Zulieferer, durchwegs ebenfalls in ausländischem Besitz, produzieren Komponenten für BWM (z.B. Kabel), Audi und Ford (Motoren, Getriebe etc.), Renault, Bosch (Batterien, Bremsen), John Deere usw. Der Ökonom Josef Pöschl vom "Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche" hat ausgerechnet, dass der weitgehend den westeuropäischen PKW-Konzernen zuarbeitenden Warengruppe "Maschinen und Fahrzeugbau" 60 % sämtlicher ungarischen Exporte zugeordnet werden können. Tschechiens Auto(zulieferer)industrie macht 44,5 % der Gesamtexporte aus, in der Slowakei sind es 40 %, in Slowenien 36 % und in Polen 34 %.⁴⁵ Eine dermaßen einseitige Exportorientierung macht die ganze Region Mitteleuropa gegenüber Ansprüchen der wenigen Abnehmer (Volkswagen, Renault, Ford) verwundbar ... und im Konkurrenzkampf der Standorte erpressbar. Genau dies bekamen dann die euphemistisch "emerging markets" genannten Ökonomien im Osten mit der Ende 2008 einsetzenden großen Wirtschaftskrise bitter zu spüren.

Das Beispiel der Banken

Wer den Kreditmarkt kontrolliert, bestimmt weitgehend über wirtschaftliche Vorhaben. Wer die Spareinlagen verwaltet, kann auf Einleger und Staat Druck ausüben. Nur logisch, dass westeuropäische Bankhäuser während des ersten Nachwendezehnts in die Struktur des Bankensektors aller osteuropäischen Länder eingedrungen sind.

Die Übernahmen östlicher Geldinstitute und ihrer Filialnetze durch westliches Kapital war noch vor dem Beitritt der osteuropäischen Länder zur EU weitgehend abgeschlossen. Laut einer Statistik der "Bank Austria-Creditanstalt" wurde bereits Mitte 2002 die Mehrheit aller polnischen, tschechischen, slowakischen, ungarischen und bulgarischen Geldtransaktionen über Banken in Auslandsbesitz getätigt.⁴⁶ In Tschechien, der Slowakei und Bulgarien liegt der Anteil ausländischer Geldinstitute am Gesamtmarkt (berechnet auf Basis der Bilanzsumme) zwischen 70 % und 80 %, in Polen bei knapp 70 %, in Ungarn über 60 %. Slowenien mit 33 % bildet wiederum die Ausnahme, die Übernahme rumänischer und bulgarischer Banken folgte im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Rechnet man – wie in der Bank Austria-Creditanstalt-Studie – Kroatien und die Ukraine dazu, dann hat sich der Besitz internationaler Bankkonzerne im Osten allein zwischen 1997 und 2001 von 20 % auf 57 % erhöht. Änderungen von Struktur- und Eigentumsverhältnissen in diesem Ausmaß kennt die Bankengeschichte üblicherweise nur nach Kriegen. Sozio-ökonomisch betrachtet hat sich in Osteuropa etwas Vergleichbares abgespielt.

Jenes westeuropäische Land mit dem höchsten Anteil ausländischen Eigentums im Bankensektor ist übrigens Spanien. Dort werden 31 % des Bankvermögens von landesfremden Konzernen verwaltet.⁴⁷

In der Regel ging die Übernahme eines osteuropäischen Institutes folgendermaßen vor sich: die zu verkaufende Bank wurde staatlicherseits entschuldet, wobei die so genannten "faulen Kredite" – also uneinbringliche, an marode Unternehmen vergebene Kredite – in das Budget übernommen wurden, wo sie für die kommenden Jahre tiefe Löcher in den Staatsäckel reißen. Nachdem die Verluste sozialisiert und damit zukünftigen Generationen aufgebürdet worden sind, kauften sich Westbanken anfangs Sperrminoritäten von mindestens 25 % plus einer Stimme an den vom Staat verwalteten Aktien, bevor sie in einer zweiten Investitionswelle Mehrheitseigentümer wurden. Zu dem meist üppig ausgebauten Filialnetz kam oft noch ein Immobilienbesitz hinzu, den die ex-kommunistischen Banken ihr Eigen nannten. Defizitäre Industriebetriebe, die mit der Bank verflochten waren, mussten bereits zuvor geschlossen oder ihre geschäftlichen Verbindungen mit dem Geldinstitut gelöst werden. Relativ risikolos und billig kauften sich damit westeuropäische Investorengruppen ein ganzes Bank- und Kreditsystem, das sie nur auf den neuesten technischen Stand bringen mussten. Sagenhafte Wachstumsraten bestätigen sehr direkt, dass die Einkaufstour im Osten höchst profitabel verlaufen

43) Das österreichische Industriemagazin Nr. 7-8/2001. Wien 2001, S. 23

44) In: Reinhard Engel, Europa in Sicht. In: Das österreichische Industriemagazin Nr. 7-8/2001. Wien 2001, S. 23

45) Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg.), Countries in Transition 2001. Wien 2001, S. 384f.

46) Für das Baltikum liegen dem Autor keine Zahlen vor. Vgl. Bankenvergleich Mittel- und Osteuropa 2001 (hg. von Bank Austria-Creditanstalt). Wien, im Juni 2002, S. 10

47) Dorothee Bohle, Europas neue Peripherie. Transformation Polens und nationale Integration. Münster 2002, S. 183

ist. Die Bank Austria-Creditanstalt schätzte im Jahr 2002 das Wachstumspotenzial des Bankenmarktes in acht osteuropäischen Ländern (Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Rumänien, Bulgarien und Kroatien) bis 2005 auf märchenhafte 37 %, im reinen Kreditwesen rechneten die Analysten mit einem Plus von 44 %.⁴⁸

Besonders lukrativ für die neuen Platzhirsche auf den lokalen Geldmärkten war dann die völlige Umstellung des Renten- und Versicherungswesens. Was Brüssel die notwendige Harmonisierung des Rentensystems nennt, beinhaltet eine Kapitalisierung der Altersversorgung ungeheuren Ausmaßes.

Die Sieger der Übernahmeschlacht im Bankensektor kommen aus Belgien, Österreich, Italien, Deutschland, Frankreich und Holland (in etwa dieser Reihenfolge). Die belgische "KBC" konnte bis 2002 Mehrheitsanteile an der tschechischen "CSOB", der polnischen "Kredyt Bank", der ungarischen "K&H" sowie einen bedeutenden Anteil an der "Nova Ljubljanska Banka" erwerben. Die österreichische "Bank Austria-Creditanstalt", mittlerweile eine Tochter der "UniCredit", positionierte sich mit dem Kauf der "BPH" und der "PBK" in Polen und der "HVB Bank" in Tschechien. Die österreichische "Erste Bank" nahm sich ein Vorbild an den Bankbesitzverhältnissen in der österreichisch-ungarischen Monarchie, indem sie auf ihrer Einkaufstour die "Ceska Sporitelna" in Tschechien und die "Slovenska Sporitelna" in der Slowakei erwarb. "UniCredit", erst 1998 durch die Fusion mehrerer italienischer Banken entstanden, mauserte sich in Osteuropa zum "global player", indem das Institut die "PEKAO" in Polen und in Kroatien die "Zagrebacka banka" einsackte. Die deutsche Commerzbank kaufte sich die Mehrheit an der polnischen "BRE Bank", die französische Société Générale an der tschechischen "Komerční banka" usw.

Allein die Bilanzsumme der "Bank Austria-Creditanstalt" (UniCredit) belief sich im Osten im Jahre 2002 auf 21 Mrd. Euro.⁴⁹ In einer Interview mit der Wiener Tageszeitung "Die Presse" meinte der damalige Generaldirektor der "Bank Austria-Creditanstalt", Gerhard Randa, die insgesamt elf Töchter seiner Bank-Gruppe in Ost- und Südosteuropa würden für das Jahr 2002 einen Gewinn von 260 Millionen Euro ausweisen und fügte stolz hinzu, dass "satte Steigerungsraten" auch in Zukunft zu erwarten seien.⁵⁰ Die schwierige Lage in Österreich konnte für ein knappes Jahrzehnt im Ostgeschäft kompensiert werden. Bis dann Anfang 2009 ruckbar wurde, wie viele unbesicherte Kredite in Osteuropa vergeben wurden. Der sofortige Ruf nach staatlicher Hilfe wurde zumindest in Österreich er-

hört, wo allein für den Bankensektor eine staatliche Ausfallhaftung von 100 Mrd. Euro übernommen worden ist.

Im Falle der Struktur- und Eigentumsänderung im Bankensektor stimmt der vielfach propagandistisch eingesetzte Spruch von der "Heimkehr" Osteuropas nach "Europa" in Anschluss an den Zusammenbruch 1989. Heimgekehrt ist das Kredit- und Sparwesen nicht nur in die kapitalistische Rationalität, sondern auch unter die Fittiche westlicher Konzerne. In jenen Staaten, die als Kronländer der k. und k.-Monarchie vor 1918 von Wien bzw. Budapest aus regiert worden sind, dürfte den ältesten Bürgern sogar noch der Name der damals vorherrschenden Bank in Erinnerung gerufen werden, wenn sie vom heutigen Übernahmepoker in den Zeitungen lesen. "Creditanstalt-Bankverein" hieß eine der wichtigsten Geldinstitute im Donaauraum vor 100 Jahren; es ist die Vorläuferin der nun via "Bank Austria" an die "UniCredit" gegangenen Aktiengesellschaft.

Das Beispiel des Textil- und Bekleidungssektors

Die Herstellung von Textilien gilt als technologisch ausgereift. Vor allem im Bekleidungssektor ist der Forschungs- und Entwicklungsanteil an der Produktion niedrig, Innovationen werden weniger häufig als in anderen Branchen getätigt. Allenfalls die Fragen des Designs beschäftigen hoch bezahlte KünstlerInnen. Ansonsten produziert die Textil- und Bekleidungsindustrie im absoluten Niedriglohnsegment – weltweit. Beinahe gegenläufig zur Maxime der Rationalisierung boomt die Branche als Beschäftigungswunder. Die an den Peripherien der Zentralräume im Überfluss vorhandene billige Arbeitskraft macht dies möglich. Fast 24 Millionen ArbeiterInnen sind weltweit in dieser Industrie beschäftigt, informell kommen schätzungsweise noch fünf- bis zehnmal soviel dazu.⁵¹ Zwischen 75 % und 95 % von ihnen sind Frauen.

Bereits Anfang der 1970er Jahren verlagerten vornehmlich westeuropäische und US-amerikanische Unternehmen ihre Produktionen an billigere Standorte. Hongkong, Panama, Ungarn, Rumänien und viele andere Länder vor allem auf der südlichen Halbkugel boten den Investoren auf der Suche nach höheren Profitmargen Terrain und Arbeitskräfte. Das ganze Konzept der "Neuen Internationalen Arbeitsteilung"⁵² beruhte auf der Vernutzung billiger Arbeitskraft via Standortverlagerung an die Peripherie bei gleichzeitigem MigrantInnenimport ins Zentrum. Die Entwicklungsagentur der UNO, die UNIDO, erließ im Jahre 1971 eigens Empfehlungen an schwache politische Eliten in der "3. Welt" zur möglichst reibungslosen

48) Vgl. Bankenvergleich Mittel- und Osteuropa 2001 (Hg. von Bank Austria-Creditanstalt). Wien, im Juni 2002, S. 7/8

49) ebd., S. 22

50) Die Presse, 13.12.2002

51) Sabine Fennenschild/ Ingeborg Wick, Globales Spiel um Knopf und Kragen. Das Ende des Welttextilabkommens verschärft soziale Spaltungen (Südwind-Texte 14). Siegburg 2004, S. 7

52) Vgl. Folker Fröbel/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung. Reinbek bei Hamburg 1977

Einrichtung so genannter "Freier Produktionszonen". In ihnen werkten und werken bis heute Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern für den Weltmarkt.

Die schweizerische "Triumph International AG" war das erste Bekleidungsunternehmen, das ab 1972 Mieder und Dessous hinter dem "Eisernen Vorhang" – in Ungarn – nähen ließ. Osteuropas kommunistische Parteiführer garantierten dem Investor Vertragstreue und Arbeitsdisziplin. Die Kontrolle über die Gewinnrückführung ließen sich Multinationale Unternehmen wie "Triumph" gefallen, solange die Profitmarge stimmte.

Der Postfordismus der 1990er Jahre sah eine Weiterentwicklung der Produktionsstruktur mit frühkapitalistischen Ausbeutungsformen vor. Der "Sweat Shop" wurde zum Synonym für das neue Prekariat, in dem die LohnarbeiterInnen ohne soziale Absicherung in kleinen und kleinsten Einheiten für Subunternehmer von Weltkonzernen roboten. Diese informellen Produktionsstätten sind gerade für die Bekleidungsindustrie kennzeichnend; sie befinden sich überall auf der Welt, in peripheren Regionen ebenso wie in Form eines ganzen Stadtteils im Istanbuler Bezirk Laleli oder am Rande von Paris oder Mailand. Ende der 1990er Jahre, als die Länder der osteuropäischen Erweiterungszone ihre Aufnahmeanträge an die Brüsseler Union richteten, lagen die Anteile dieser Art von Schattenwirtschaft an der Gesamtwirtschaft zwischen 30 % und 60 %. Die bulgarische Gewerkschaft "Podkrepa" schätzte für 1998 diese "graue Ökonomie", wie sie auch genannt wird, auf 50 % des BIP. Bettina Musiolek, Autorin und Aktivistin der "Clean Cloths"-Kampagne, schreibt in diesem Zusammenhang von "Garagennähplätzen", die "an der griechischen Grenze (in Bulgarien, HH) wie Pilze aus dem Boden" schossen, "abgeerntet, wieder geschlossen und woanders neu aufgebaut" wurden.⁵³ Die ausgereifte Bekleidungsindustrie erlaubt es, ohne Fachkräfte mit angelerntem Personal, großteils Frauen, auszukommen, dieses schnell zu verwerten und durch immerzu neue Arbeiterinnen zu ersetzen.

Auf dem Weltmarkt der Arbeitskräfte zählt der Preis. Und der liegt in der Textil- und Bekleidungsindustrie ganz tief unten. Nur diese Tatsache gewährleistet den einzelnen Textilbetrieben die entsprechende Rendite, die sie als "share holder value" an ihre Kapitalgeber ausschütten können. Ein Blick auf die Bruttomonatslöhne im europäischen Vergleich macht den Investor sicher. Im "Pay in Europe"-Report der Föderation europäischer Unternehmer kann man nachlesen, wo es sich auszahlt, seine Fabrik hinzustellen oder seine Subkontraktoren zu suchen. Im Jahr 2006, am Vorabend der Aufnahme des Balkanlandes in die Europäische Union, liegen diese Löhne in Bulgarien 20 Mal unter den vergleichbaren deutschen; immer noch zehn Mal billiger als die deutsche Arbeitskraft

kommt die lettische, die litauische und die rumänische, während ein Unternehmen am slowakischen Arbeiter durchschnittlich "nur" mehr das Sechsfache einsparen kann.⁵⁴ Billiger als Bulgarien kann man übrigens statistisch nur mehr in Indien oder in Molda-

"Herr Müller" an der Nähmaschine

Wie ernüchternd die Arbeit an der kleinsten Einheit der Weltmarktproduktion, der Nähmaschine, ist, erzählt ein junger Mann aus Moldawien, der sein Glück als Kontraktarbeiter in der Bekleidungsindustrie versucht hat. Wir treffen den früheren Schwitzenarbeiter, der nie mehr einer sein will, im transnistrischen Tiraspol. Auf dem kleinen überschaubaren Markt "Orchidee" gleich um die Ecke der Hauptstraße "25. Oktober" lernen wir einander kennen. Igor, wie er mit wirklichem Namen heißt, studiert Musik in der transnistrischen Hauptstadt. Er stammt aus Chisinau. Der Weg nach Tiraspol ist ihm nicht leicht gefallen, hier ist das Leben noch ein wenig komplizierter, die Behörden empfindet der 22-Jährige als peinlich, die Stadt als ultra-provinziell. Des nachts singt er als "Gans Müller", so sein Künstlerpseudonym, in der Bar beim Postamt, auf eigene Rechnung, das heißt, wer von den Besuchern zahlen will, zahlt, wer nur tief ins Glas schaut, muss keinen Obolus für die Musik entrichten.

Seit der Schule träumt Igor "Gans Müller" von einem Leben in Europa, wie er sagt. Dort fliegen einem, dem Schengen-Regime zum Trotz, wenn schon nicht gebratene Tauben ins Maul, dann zumindest ein paar Euros in den Geldbeutel. Sein erster Ausflug in die europäische Traumwelt verlief gleichwohl ernüchternd. Das war vor vier Jahren gewesen, unmittelbar nach der neunjährigen Grundschule. In einem Arbeitsbüro in Chisinau hatte er für sechs Monate einen Job im Westen ausgefasst. Die Reise ging per Kleinbus mit zehn, zwölf gleichgesinnten jungen Burschen nach Ungarn. Die Kleinstadt, in der er anschließend drei Monate verbracht hatte, kann er zwar phonetisch aussprechen, sein harter russischer Akzent macht es einem jedoch unmöglich, sie zu lokalisieren.

Wo auch immer. Igor musste sechs Tage in der Woche hinter einem Nähapparat hocken und Hemdenteile in die Maschine stecken, von morgens 6 Uhr bis nachts 21 Uhr. Zwei Mal je 15 Minuten Pause zum Essen und Scheißen. Für ihn war es der Horror schlechthin. Zusammengepfercht in einem kleinen Haus mit Küche betrieben sechs junge Männer die wenigen verbliebenen Stunden einen "Haushalt". Nach drei Monaten hat Igor 300,- US-Dollar bekommen, nicht für jeden Monat, sondern für alle drei zusammen. Igor ergriff die Flucht zurück nach Moldova. Die Träume vom rosigen Westen, den er konsequent "Europa" nennt, hat ihm sein Ausflug in die Wirklichkeit nicht verleiden können. An die Nähmaschine will er jedoch nie mehr zurückkehren.

Aus: Hannes Hofbauer, Mitten in Europa. Politische Reiseberichte aus Bosnien-Herzegowina, Belarus, der Ukraine, Moldawien/Transnistrien und Albanien. Wien 2006, S. 160

53) Bettina Musiolek, Die Informalisierung der Textil- und Bekleidungsproduktion am historischen und aktuellen osteuropäischen Beispiel. In: Prokla Nr. 117, Münster 1999, S. 594

54) "Pay in Europe"-Report 2006. Zit. in: www.finfacts.com/Private/isl/PayinEurope.htm

wien produzieren lassen. 160 Leva beträgt der Mindestlohn im Jahr 2006 in Bulgarien, umgerechnet 80 Euro – monatlich!

Monats-/Wochenlöhne im Vergleich		
	1994	2006
Deutschland	= 100	= 100
Ungarn	10,0	19,0
Bulgarien	3,0	5,0
Rumänien	3,0	9,0
Tschechien	7,7	20,0
Slowakei	6,6	16,0
Polen		20,0

Quelle: Institut für die deutsche Wirtschaft, WIIW, "Pay in Europe"

Verstärkt hat sich der Run auf die Standorte mit der billigsten Arbeitskraft in Osteuropa, nachdem Mitte der 1990er Jahre EU-Assoziierungsverträge abgeschlossen worden sind. Diese haben die Produktionsquoten des Welttextilabkommens ausgehebelt und Fabrikherren und Exporteuren aus Rumänien, Polen, Bulgarien und dem Baltikum einen unbegrenzten und zollfreien Zugang in die EU-15 ermöglicht.⁵⁵ Nachdem bisherige Textil- und BekleidungsHersteller aus Jugoslawien per UN-Embargo ab 1992 vom legalen Import nach EU-Europa ausgeschlossen worden waren, begann die Billiglohnproduktion in den Nachbarländern, allen voran in Rumänien, zu boomen. "Passive Lohnveredelung" heißt das Zauberwort der Produktionsweise, mit der die Weltmarktführer im Bekleidungssektor ihre Waren kreuz und quer durch Kontinente schicken, um hier eine Naht und dort einen Knopf und wieder anderswo einen Träger anbringen zu lassen. Unter einem von C&A, H&M, Lacoste, Quelle, Steilmann, Benetton, Triumph, Palmers usw. vorgegebenen Design wird dabei an dem jeweils für den einen Arbeitsvorgang billigsten Standort – entweder von eigenen Fabriken, oder noch häufiger von Subunternehmen – zugeschnitten, genäht, geentelt, gesteppt oder gemouldet. Nach dem Re-Import der nun passiv veredelten Produkte kommen Hemden, Hosen, T-Shirts, Socken, Mäntel, Jacken, Büstenhalter oder Bademode mit den entsprechenden Markennamen auf den Markt. 80 % aller dieser passiv veredelten Bekleidung, die in Deutschland auf den Markt kommt, haben auch irgendwo in Osteuropa einen Produktionsvorgang hinter sich, ein Gutteil davon in Rumänien und Polen.⁵⁶ Umgekehrt standen Bekleidungsexporte im Jahr 1999 in Rumänien und Bulgarien an der ersten Stelle der Ausfuhr Güter und beschäftigten in Bulgarien schätzungsweise 30 % der ArbeiterInnen in der gesamten Industriegüterproduktion.⁵⁷

Nicht zu unterschätzen sind die Folgen dieser Art von "passiver Lohnveredelung", die 80 % bis 90 % der Gesamtproduktion in diesem Sektor darstellen, für die jeweiligen Volkswirtschaften in Osteuropa. Durch die extreme Zerlegung der Herstellung in kleinste Arbeitsschritte werden frühere Textilfabriken, in denen ganzheitlich Bekleidung produziert worden ist, nicht nur zu verlängerten Werkbänken für Firmen in den westeuropäischen Zentralräumen, sondern sie verlieren auch das Know-how. Als Nähstuben, Moulder, Zuschneidewerkstätten überleben Standorte dann nur so lange, bis anderswo der Vorgang um einen halben Cent billiger durchgeführt werden kann. Dieses Phänomen wird in der kritischen Literatur, die sich um Kampagnen wie die Clean Clothes Campaign herausgebildet hat, als "Downgrading" beschrieben.⁵⁸ Stoffe, Garne und Zubehör werden hier nicht mehr selbst hergestellt, sondern kommen nur mehr zum Nähen oder Schneiden auf die Arbeitstische. Wissen über Produktionsabläufe geht großräumig verloren und ehemals vertikal integrierte Fabriken verkommen zu Zulieferern.

Wie so eine Produktionskette in der passiven Lohnveredelung konkret aussieht, zeigt das Beispiel einer bulgarischen Näherei im Nordosten des Landes.⁵⁹ Ein bulgarischer Unternehmer beschäftigt hier 50 bis 60 Leute, davon zehn Männer, die meisten davon als Kontrolleure und Aufpasser und einige Jugendliche unter 16, obwohl dies laut bulgarischem Arbeitsrecht nicht erlaubt ist. Ein Arbeitstag dauert durchschnittlich zehn Stunden; in Zeiten, in denen die Auftragslage dicht ist, kann es vorkommen, dass bis zu 36 Stunden in einem durchgearbeitet werden muss. Zu Mittag gibt es eine Pause von 45 Minuten, nachmittags wird eine Viertelstunde für eine kurze Nahrungsaufnahme freigegeben. Toilettenbesuche werden von Kontrolleuren zeitlich limitiert. Dass es ausschließlich angelernte Kräfte sind, die hier an den Nähmaschinen sitzen, braucht nicht erwähnt zu werden. Gewerkschaften? Darüber können sich hier im Nordosten Bulgariens die Näherinnen keine Gedanken machen. Der Unternehmer würde jede Initiative im Keim ersticken. In einer Gegend, in der die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch wie im landesweiten Durchschnitt ist, muss man froh sein, für umgerechnet 48 Euro monatlich die Nadel zu führen. 10 Euro gäbe es extra, wenn die tägliche Normstückzahl von 150 Jacken überschritten würde. Wir schreiben das Jahr 2004, Bulgarien ist auf zweieinhalb Jahre im EU-Aufnahmeprozess zurückgestuft worden. Jedoch nicht wegen der sozialen Verhältnisse bei den passiven Lohnveredlern, sondern deswegen, weil die vier kapitalistischen Freiheiten noch nicht optimal umgesetzt worden sind. Übrigens: die hier im Nordosten des

55) Vgl. Bettina Musiolek u.a., *Made in ... Osteuropa. Die neuen 'fashion Kolonien'*. Berlin 2002, S. 3

56) Vgl. Bettina Musiolek u.a., *Made in ... Osteuropa. Die neuen 'fashion Kolonien'*. Berlin 2002, S. 12

57) Regina Barendt/Bettina Musiolek (Hg.), *Workers' Voices. The situation of women in the Eastern and Turkish garment industries*. Geneva 2005, S. 5

58) Vgl. Bettina Musiolek u.a., *Made in ... Osteuropa. Die neuen 'fashion Kolonien'*. Berlin 2002

59) Vgl. Regina Barendt/Bettina Musiolek (Hg.), *Workers' Voices. The situation of women in the Eastern and Turkish garment industries*. Geneva 2005, S. 15f.

Balkangebirges zusammengesetzten Stoffteile gehen bei C&A und Marks & Spencer unter Labels wie "Timberland" oder "Gerry Weber" über die Ladentische. Von Inspektoren oder sozialen Normen droht dem bulgarischen Subunternehmer kaum eine Gefahr, eher schon vom makedonischen Arbeitsmarkt, der sich anschickt, die Tiefstpreislücke für Löhne zu unterschreiten. Als Gegenstrategie wäre die Anstellung noch billigerer ArbeiterInnen aus der Ukraine oder Moldawien eine Alternative, die im Milieu des auf Lohndumping basierenden Bekleidungssektors auch anderswo in Osteuropa um sich greift.

Neue Eigentümer, neue politische Eliten

Mit dem Ende des politischen Primats, wie es in den Fünfjahresplänen auch der marodesten kommunistischen Staatspartei noch zum Ausdruck gekommen war, verloren Politik und Politiker rapide an Einfluss auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse. Westliche Finanzorganisationen und Konzerne sowie neue Eigentümer von in wenigen Händen konzentriertem vormaligem Staatseigentum bestimmten die Spielregeln in den Staatskanzleien. An die von kommunistischen Kadern mit der Ausnahme Rumäniens und der Sowjetunion allesamt friedlich verlassenen politischen Schalthebel setzten die Transformationsgewinner willfähriige Administratoren, die sich entsprechend der turbulenten Zeiten oft nur kurzfristig halten konnten.

Die einflussreichsten Posten der neuen politischen Klasse teilten sich Nachkommen der vorkommunistischen Bourgeoisie (bzw. Aristokratie), dem Neoliberalismus dienstbereit ergebene kommunistische Partei- oder Betriebskader sowie ausgewählte junge Ökonomen und Juristen, die großteils an US-amerikanischen Eliteuniversitäten ausgebildet wurden. Die allermeisten von ihnen verstanden ihre politischen Karrieren als temporäre Möglichkeit, sich bzw. ihre Verwandten und Freunde im Zuge der Privatisierungen reichlich am ehemaligen Volkseigentum zu bedienen.

Ein klassisches Beispiel für den Wiedereintritt vorkommunistischer Eliten an postkommunistischen Schalthebeln war das tschechische Zweiergespann Vaclav Havel/Karel Schwarzenberg. Havel entstammte einer großbürgerlichen Prager Familie, die im Zentrum der tschechischen Hauptstadt Immobilienbesitz ihr Eigen nannte, während sein Kanzler Schwarzenberg aus einem jener böhmischen Adelsgeschlechter hervorging, die nach der Schlacht am Weißen Berg 1620 im Zuge der Gegenreformation aus Dank für die Vertreibung der Protestanten vom Kaiser mit riesigen Ländereien bedacht wurden. Beide, Havel und Schwarzenberg, erhielten übrigens während ihrer Amtszeit Besitztümer ihrer Vorfahren zurück: Mehrstöckige Häuser sowie das berühmten "Lucerna" am Altstädter Ring (für Havel), Ländereien sowie das famose Schloss "Orlik" an der Moldau (für Schwarzenberg). Vor allem in den baltischen Republiken erklimmen Remigranten aus Übersee höchste administrative Posten bis hinauf

zum Präsidentenamte. So bekleidete Toomas Hendrik Ilves seit 1996 höchste Staatsämter in Estland. Ilves wurde 1953 in eine exilistische Familie in Stockholm geboren und wuchs in den USA auf. Zwischen 1983 und 1994 leitete er die estnische Redaktion des Senders "Radio Free Europe", um kurz darauf in die Heimat seiner Vorfahren zu kommen und das Land zwischen 1996 und 2002 (mit einer kurzen Unterbrechung) als Außenminister und seit 2006 als Präsident zu vertreten. In Lettland war es Vaisa Vike-Freiberga, die in Deutschland und Kanada aufgewachsen war, und 1999 zur lettischen Präsidentin gewählt wurde und diesen Posten bis 2007 bekleidete.

Ungarn, Polen, Rumänien und Bulgarien sahen immer wieder gewendete kommunistische Kader in neuen Ministerämtern, die sich – in Polen auf geradezu klassische Art – rhythmisch in ihren Ämtern mit Sprösslingen der alten Bourgeoisie oder antikommunistischen Aktivisten abwechselten.

Phasenweise strebten auch die Nachfahren der 1918 bzw. vor dem Zweiten Weltkrieg herrschenden Königshäuser in politische Positionen. Für die Wiedereinführung der Monarchie sprachen sich gar nicht so schwache Minderheiten in Bulgarien, Rumänien, Serbien und Ungarn aus. Nirgendwo ist daraus etwas geworden, was auch der langen Abwesenheit der früheren Herrscherfamilien geschuldet war. Diese hatte meistens auch dazu beigetragen, dass die monarchische Ansprüche stellenden Karadjordje (für Serbien), Hohenzollern (für Rumänien) oder Sachsen-Coburg-Gotha für Bulgarien die Landessprache nur unzureichend oder in adelig näselnder Art beherrschten und damit schlechte Figur sowie noch schlechteren Ton vor den TV-Mikros machten. Einzig in Bulgarien gelang es dem Sohn des Zaren, Simon Saksoburggotski, für mehrere Jahre als "Bürgerlicher" über Parlamentswahlen den Rang eines Ministerpräsidenten einzunehmen.

Nach der Jahrhundertwende nahmen dann oftmals junge lokale Männer höchste Staatsämter ein, deren höhere Ausbildung bereits nach dem Fall des Kommunismus stattgefunden hatte und die zudem mehrere Jahre eine spezielle liberale Schulung in den USA und Großbritannien genossen haben. Beispiele dieser auf globalisierten Ultraliberalismus eingeschworenen Politikergeneration finden sich im Baltikum, in der Slowakei und anderswo. Der slowakische Finanzminister und August von Hayek-Fan Ivan Miklos war es dann auch, der zum 1. Januar 2004 in der radikal-liberalen Regierung Mikulas Dzurinda die Einführung der "Flat Tax" durchsetzte. Damit war es das erste Mal nach kleineren Versuchen im Baltikum in einem größeren europäischen Land gelungen, die Steuerprogression abzuschaffen und sich auch dieses möglichen staatlichen Regulativs zu berauben.

Freilich existierten auch während der zwei Transformationsjahrzehnte gänzlich andere politische Modelle, die sich dem Druck von internationalen Finanzorganisationen, NATO und EU nicht beugten. Die Slo-

wakei (1993 – 1998) und Rumänien (1989 – 1997) stehen für diesbezüglich widerständige Politik. In Bratislava führte Vladimir Meciar ein eigenständiges politisches Regime auf Basis unterschiedlicher links-rechts-Koalitionen seiner Partei HZDS. Seine mehrfache Wiederwahl verdankte er seiner Popularität als "Staatsgründer" beim Trennungsprozess mit Tschechien; ökonomisch gründete die erst kurz zuvor entstandene slowakische Eigenständigkeit auf ihrer Rolle als Transitland für russisches Gas nach dem Westen. Ein gültiger Vertrag mit dem russischen Gasriesen "Gazprom" sowie dadurch erleichterte Investitionen russischer Firmen (z.B. beim Bau des AKW Mohovce) in der Slowakei boten die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Drehscheibe zwischen Ost und West, die unter Meciar beibehalten wurde, was sich auch in den Export-Import-Statistiken niederschlug.

In Rumänien unter der ersten Regierungszeit von Ion Iliescu (bis 1996) war es die von Ceausescu hinterlassene Schuldenfreiheit, die den neuen postkommunistischen Machthabern einen größeren Handlungsspielraum gegenüber IWF/Weltbank, NATO und EU ermöglichten. Auch Iliescu nützte diese Chance mit wechselnden Koalitionen und verweigerte ein knappes Jahrzehnt den vom Westen geforderten Ausverkauf rumänischer Stahlwerke und die Schließung der Bergwerke im Schiltal. Sein liberaler Nachfolger im Amt des Präsidenten, Emil Constantinescu, machte dann mit den Bergarbeitern kurzen Prozess, ließ im Januar 1999 eine militärisch trainierte Sondereinheit gegen die Kumpel marschieren. Bei schweren Kämpfen kam mindestens ein Bergarbeiter ums Leben und über hundert wurden zum Teil schwer verletzt. Der Führer der Kumpel, Miron Cozma, wurde verhaftet und damit der Gewerkschaftsprotest erstickt. Miron Cozma saß übrigens bis Dezember 2007 (mit einer kurzen Unterbrechung) im Gefängnis und darf bis heute weder die Bergwerksregion noch die Hauptstadt Bukarest betreten. Von westeuropäischen Gewerkschaftskollegen erhielt die rumänische "Mineriade" keinerlei Unterstützung. Auch ist nichts bekannt, dass sich deutsche oder österreichische Gewerkschaftsbünde je für seine Freilassung eingesetzt hätten.

Die Ohnmacht der Politik war im polnischen Transformationsprozess sichtbarer als in manch anderem osteuropäischen Land. Allein zwischen 1989 und 1993, also in der für die wirtschaftliche Umorientierung mit ihren einschneidenden Maßnahmen wichtigsten Epoche, verbrauchte Polen fünf Regierungen mit ebenso vielen Ministerpräsidenten. Ihre Namen (Mazowiecki, Bielecki, Olszewski, Pawlak und Suchocka) sind großteils – zu Recht – in Vergessenheit geraten. Die Machtkämpfe innerhalb der Solidarnosc, der diese fünf Figuren angehörten bzw. nahestanden, waren verzweifelter Ausdruck der Erkenntnis, auch in den entscheidenden Positionen an den so genannten Schalthe-

beln des Staates kaum etwas bewirken zu können. Diese Erfahrung gewannen später auch die postkommunistischen Parteiführer der SLD (Bündnis der demokratischen Linken), die – in Koalition mit der Bauernpartei PSL – 1993 in die gut gepolsterten Regierungsstühle gewählt wurden. Vier Jahre später mussten sie eine bittere Niederlage hinnehmen, der rechtskonservative Solidarnosc-Block mit der AWS (Wahlbündnis für Solidarnosc) an der Spitze landete einen deutlichen Wahlsieg. Schon bei nächster Gelegenheit, 2001, verschwand die angeblich mächtige Regierungspartei AWS in der politischen Bedeutungslosigkeit. Als Einzelgruppe verfehlte sie gar die 5%-Hürde. Die 2001 wiedergewählte SLD mit dem ehemaligen Politbüro-Mitglied der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei), Leszek Miller, an der Spitze gerierte sich als neoliberal gestylte Sozialdemokratie, immer darum bemüht, bei den Gläubigern und Investoren im Westen nicht in ein kommunistisches Eck gedrängt zu werden. "Unsere Sozialdemokraten wollen dem westlichen Kapital alle Türen und Tore öffnen, müssen sich also als zuversichtlich und berechenbar bewähren",⁶⁰ schreibt dazu einer der wenigen kritischen polnischen Journalisten, Julian Bartosz.

Die polnischen Wählerinnen und Wähler haben die Ohnmacht der Politik vor den weltwirtschaftlichen Zwängen längst erkannt. Wahlbeteiligungen liegen üblicherweise um die 50%-Marke oder darunter. An den polenweit stattfindenden Lokalwahlen im Oktober 2002 beteiligten sich 36 % des Wahlvolkes.⁶¹ Anlässlich der Parlamentswahlen 2005 und 2007 waren es jeweils etwas unter bzw. über 50 %, während zu den Europawahlen 2004 bzw. 2009 überhaupt nur 20 % bzw. 24 % zu den Urnen schritten.

In Russland und in der Ukraine verlief die neue Elitenbildung grundsätzlich anders. Dies vor allem deshalb, weil es hier (wie in Belarus auf gänzlich andere Art auch) gelungen war, westliche Kapitalinteressen außen vor zu halten. In Russland und in der Ukraine fanden je eigene Kapitalbildungsprozesse statt. Während die Privatisierungen zwischen Prag, Warschau und Budapest ausländische Investoren auf den Plan riefen und profitieren ließen, fand zwischen Ural, Moskau, Kiew und dem Schwarzen Meer ein hausgemachter Konzentrationsprozess statt. Der dortige Diebstahl am früheren Volkseigentum brachte eine Handvoll Profiteure hervor, die sich im Dickicht zwischen politischer Administration und zu kapitalisierenden Kombinatoren am besten zurecht fanden. Dass dies nicht im Rahmen der Gesetze vonstatten ging und brutale Methoden der ursprünglichen Akkumulation aufwies, brachte den damit in die Wirtschaftswelt getretenen Oligarchen schlechtes Image, aber gutes Geld. An den Börsen im Westen ging die Angst vor russischem Kapital um, was dazu geführt hat, dass auf Betreiben der USA in der ganzen Europäischen Union unter

60) Julian Bartosz, Spekulation geht vor Investition. In: Ost-West-Gegeninformationen Nr. 4/2001, Graz 2001, S. 29

61) Neue Zürcher Zeitung, 1.11.2002

dem Stichwort "Kampf dem Schwarzgeld" verstärkt Gesetze zur Kontrolle von Kapitalbewegungen erlassen wurden.

Die Nähe der einzelnen Oligarchen zum Kreml bzw. zur Regierung in Kiew bestimmte ihr Überleben. Das hat in der zweigeteilten Ukraine auch zu einem offenen politischen Schlagabtausch geführt, den westliche Kapitalinteressen im Zuge der so genannten "orangenen Revolution" im Dezember 2004 für sich zu nutzen suchten. Dieser Kampf ist bis heute noch nicht entschieden und dürfte in den kommenden Jahren noch zu heftigen Auseinandersetzungen führen.

Soziale Verwerfungen und regionale Disparitäten

Der Wegfall staatlich verordneter und betrieblich verankerter sozialer Sicherheiten ging in allen osteuropäischen Ländern mit einer – für Friedenszeiten – unvergleichbaren historischen Schnelligkeit vor sich. Entsolidarisierungen großen Ausmaßes waren die Folge. "Reformen" von gesundheitlicher Vorsorge und Altersvorsorge entpuppten sich als Streichungen, die Einstellung von Subventionen der unterschiedlichsten Art – von der Energie, dem öffentlichen Verkehr über das Wohnen bis zu den Grundnahrungsmitteln – sowie Deindustrialisierung, Privatisierung und anschließende betriebliche Rationalisierungen haben zu einer enormen sozialen Deregulierung geführt. Diese ist statistisch schwer fassbar, doch jedem leicht zugänglich, der einen Blick außerhalb der wenigen neuen Wachstumspole in Osteuropa wirft. Wer ins polnische Niederschlesien nach Walbrzych, ins oberschlesische Katowice, ins ungarische Tatabanya, in die Mittelslowakei nach Martin, in das rumänische Schiltal, in die Dobrukscha oder an die bulgarische Donau reist, der braucht keinen wissenschaftlichen Beweis für die soziale Entrechtung, die sich der dort lebenden Menschen bemächtigt hat. Wer damit nicht zufrieden ist, der kann sich mit Arbeitslosenstatistiken helfen, in denen besagte Regionen mit 30 % bis 60 % aufscheinen.

Bildung und Gesundheitsvorsorge haben sich parallel zur fortgesetzten Peripherisierung der Ostregion verschlechtert. In allen Ex-RGW-Ländern hat sich die Anzahl der Grundschulabgänger teilweise drastisch reduziert. Gingen beispielsweise in Polen im Jahr 1990 von 10.000 Einwohnern 1.380 in die Grundschule, waren es zehn Jahre später nur noch 833. In Ungarn verringerte sich der Pflichtschüleranteil an der Bevölkerung von 1.092 (bei 10.000 Einwohnern) auf 957, in der Slowakei von 1.362 auf 1.245 usw.⁶² Die Gründe dafür sind vielfältig und reichen von bereits weiter oben beschriebenen absoluten Bevölkerungsrückgän-

gen (in Ungarn, Tschechien, Bulgarien und Rumänien) bis zum vorzeitigen Abbruch der Schule, der offensichtlich in Polen an der Tagesordnung ist.

Bei der Gesundheitsvorsorge hilft uns der "Bettenindikator", um den Weg nachzuzeichnen, auf dem die peripheren europäischen Länder unterwegs sind: Die Kostenexplosion für den Erhalt der Gesundheit, die auf die Aufgabe bzw. Zerschlagung des heute als staatlich-paternalistisch und kommunistisch diskreditierten Gesundheitswesens folgte, zog die Schließung von Spitälern nach sich. In allen Beitrittsländern macht sich das in einer sinkenden Bettenanzahl bemerkbar. In Bulgarien, wo Patienten in Krankenhäusern für Essen, Medikamente und Pflegekosten selbst aufkommen müssen, sank die Zahl der Spitalsbetten in den zehn Jahren nach 1989 von 105 auf 66 für je 10.000 EinwohnerInnen, d.h. um 37 %. Weniger radikal, doch überall sinkend weist die Statistik die Schließung von Spitälern und Stationen nach. Die Gesundheitssysteme in Ungarn, Tschechien und Rumänien verloren in der Transformationszeit je 18 % ihrer Spitalsbetten, das polnische Gesundheitswesen verlor 14 % seiner Betten, das slowenische und das slowakische je 6 %.⁶³

Mit solchen Zahlen in den Wendeländern konfrontiert, wird der osteuropäischen Bevölkerung von Sozialwissenschaftlern bis Konzernmanagern eine "erstaunliche Leidensfähigkeit" attestiert. Der polnische Ökonom und frühere Außenminister Dariusz Rosati⁶⁴ hatte Ende der 1990er Jahre nach der so genannten Levine-Renelt-Methode ausgerechnet, dass Polen 23 Jahre brauchen würde, um bei einem geschätzten Jahreswachstum von 5 % auf das Entwicklungsniveau von Griechenland, Portugal und Spanien zu kommen. Litauen müsste auf der selben Berechnungsgrundlage 33 Jahre, Lettland 23, Ungarn 22, die Slowakei 19, Estland 17 und Tschechien 15 Jahre warten, um wachstumsmäßig zu den EU-Schlusslichtern aufschließen zu können. Für diese Rechenaufgabe hat Rosati im Jahr 1998 den fiktiven Wachstumswert von jährlich 5 % eingesetzt, der freilich nicht über zehn bis dreißig Jahre lang gehalten werden kann, wie sich bereits beim weltwirtschaftlichen Einbruch 2008 zeigte.

Derweil nimmt die soziale Differenz mit rascher Geschwindigkeit zu. Zu den Verlierern der Transformation gehören ArbeiterInnen, kinderreiche Familien, Kranke, in Randgebieten Lebende und vor allem die älteren Generationen. Als Gewinner kann sich eine von Land zu Land unterschiedlich starke Schicht von agilen Selbständigen in wirtschaftlichen Gunstlagen wännen sowie – ein wenig generalisiert – Ausbildungshungrige der jüngeren Generationen. Je weiter man nach Osten kommt, desto größer ist in aller

62) Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (Hg.), *Countries in Transition 2001*. Wien 2001, S. 240f.

63) Diverse nationale Statistiken, vgl. auch: ebd., S. 240f.

64) Dariusz Rosati, *The Impact of EU Enlargement on Economic Disparities in Central and Eastern Europe*. Vortrag präsentiert anlässlich der Konferenz "Shaping the New Europe: Challenges of EU Eastern Enlargement – East and West European Perspectives" vom "Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche" am 11.-13.11.1998 (Wien), S. 23

Regel die soziale Differenz im Stadt- und Landschaftsbild sichtbar. Oder anders gesagt: desto schmaler wird die Schicht der Transformationsgewinner, die sich dann allerdings umso größere Teile am gesellschaftlichen Kuchen aneignen konnten. Als Indikator dafür mag der Automobilmarkt herhalten. Während in Städten wie Budapest oder Prag die Anzahl der angemeldeten Luxuslimousinen sich nicht über jenen in westeuropäischen Kernräumen bewegen dürfte, geht der vom Majdan-Platz zum Bessarabski Rinok führende Innenstadtkorso von Kiew oder auch die breiten Innenstadtboulevards in Donetsk vor teuersten Automarken wie Maybach, Hummer, Royce Rolls und Mercedes der Sonderklassen geradezu über. Die Schamlosigkeit des zur Schau gestellten Reichtums korrespondiert mit dem Bewusstsein, als Krisengewinner keine Zeit verlieren zu dürfen und eventuell bevorstehenden wirtschaftlichen oder politischen Änderungen zuvorzukommen. Die Erinnerung an den allzu raschen Aufstieg inkludiert die Denkmöglichkeit eines rasenden Niedergangs.

Der großräumigen Peripherisierung des gesamten Ex-RGW-Raumes antworten die einzelnen Staaten mit kleinräumigen Zentren- und Peripheriebildungen. Sie tun dies nicht bewusst in Form einer auf den Kopf gestellten Regionalpolitik, sondern ergeben sich auf diese Weise den Folgen von zentren- und peripheriebildenden Investitionen bzw. deren Ausbleiben. Eine einfache, regionalisierte Statistik gibt über dieses Phänomen Auskunft. Total an den Rand gedrängt werden demnach der gesamte Osten sowie Teile des Nordwestens Polens, der Nordosten der Slowakei, der ungarische Osten sowie der Nordwesten Polens, das Zentrum und der Norden Bulgariens und weite Teile Rumäniens. Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen oder soziale Indikatoren wie die oben erwähnte Arbeitslosenstatistik belegen die Auseinanderentwicklung auf eindrucksvolle Weise. Während in Warschau und Umgebung, im Raum Bratislava, in Budapest und Westungarn, in weiten Teilen Sloweniens sowie in Prag und dem westlichen Böhmen das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf gerechnet sich zunehmend westeuropäischen Werten annähert, müssen überall sonst die BewohnerInnen der selben Länder mit dreibis fünfmal so geringen Einkommen auskommen.⁶⁵ Die Schere, die sich in den vergangenen Jahren sozial zwischen wenigen Reichen und vielen Armen in Osteuropa aufgetan hat, findet also auch regional ihre Entsprechung.

65) Roman Römisch, Regional Economic Developments in CEECs. In: The Vienna Institute Monthly Report 2001/4. Wien 2001, S. 6

Kapitel III

Die neue Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen

Bankenkrach, Produktionseinbrüche, Arbeitsplatzverluste, Hyperinflation ... für die Menschen und Regionen Osteuropas sind das – wie beschrieben – keine neuen Phänomene. Der politische Zusammenbruch des kommunistischen Systems Ende der 1980er Jahre war wirtschaftlich grundgelegt und äußerte sich auf katastrophale Weise in sozialer und regionaler Hinsicht. Erst Anfang des neuen Jahrhunderts sollte sich die ökonomische Situation ein wenig entspannen. Dies nur für kurze Zeit, wie sich nach dem Platzen der Bubble-Ökonomie in den USA und der darauf folgenden Weltwirtschaftskrise seit Mitte 2008 herausstellte.

Der weltweite Konjunkturabschwung, für Ökonomen seit Mitte der 1970er Jahre analysierbar, strebt nach mehr als dreißig Jahren seinem Tiefpunkt entgegen. Anders als von so genannten Börsen-Analysten behauptet, handelt es sich dabei keineswegs bloß um eine Finanzkrise. Der Kern des systemimmanenten Abschwungs im kapitalistischen Weltsystem ist eine Krise der materiellen Produktion. Diese setzte nach vollbrachtem Wiederaufbau in den 1970er Jahren ein und trieb in der Folge akkumulationshungriges Kapital nach vielfältigen Rationalisierungsversuchen unter anderem auch aus der Produktions- in die Spekulationssphäre. Der politische und ökonomische Zusammenbruch der osteuropäischen Planwirtschaften hat mutmaßlich dazu beigetragen, dass sich das Platzen der Spekulationssphäre ein wenig verzögerte, fand sich doch für die ökonomische Expansion auf geräumten Märkten im Osten ein weitgehend ungehindertes Experimentierfeld vor, auf dem sagenhafte Gewinne gemacht werden konnten und auch gemacht wurden. Am Höhepunkt dieser den Osten des Kontinents ausaugende Entwicklung zwischen 1995 und 2007 zogen westliche Investoren Milliardengewinne aus ihren Töchterunternehmen im Osten ab. Bis dahin hatte sich die ausländische Direktinvestition vielfach rentiert.

FDI: Gewinnrückführungen und Leistungsbilanzdefizite

Ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investments/FDI), sind neben der Verschuldung in Fremdwährungskrediten der wichtigste Hebel zur Einordnung von Volkswirtschaften in weltwirtschaftliche kapitalistische Zusammenhänge. Bei schwachen Ökonomien, wie das in Osteuropa durchwegs der Fall ist, ist diese Einordnung gleichbedeutend mit einer Unterordnung unter die Interessen der großen Investoren.

Kreditvergaben westlicher Banken unter der Aufsicht der internationalen Finanzorganisationen Weltbank und Währungsfonds fanden im großen Stil für einzel-

ne Staaten bereits seit Mitte der 1970er Jahre statt. Diese führten Länder wie Polen, Ungarn, Jugoslawien oder Rumänien direkt in die Schuldenfalle mit all ihren weiter oben beschriebenen sozial- und wirtschaftspolitischen Konsequenzen. Auslandsverschuldung als (gewolltes oder nicht gewolltes) Mittel einer peripheren Anbindung an die nach Kapitalregeln funktionierende Weltwirtschaft war also teilweise bereits lange vor dem politischen Zusammenbruch der kommunistisch regierten Länder gegeben. Anders verhielt es sich mit ausländischen Investitionen in der osteuropäischen Industrie, der Landwirtschaft, dem Immobiliensektor oder bei Dienstleistungen. Zwar gab es solche auch bereits vor 1989, z.B. in der Textilindustrie, die die billige Arbeitskraft für den Weltmarkt nutzte, Investitionen und Unternehmenskooperationen konnten jedoch über gesetzliche Einschränkungen staatlich kontrolliert werden. So galt z.B. als Grundregel, dass private ausländische Investoren nur gemeinsam mit staatlichen Betrieben tätig werden durften. Ein diesbezüglich freier Markt für ungehinderte Kapitalein- und vor allem Kapitalausfuhr existierte bis Ende der 1980er Jahre ebenso wenig wie ein Kapitalmarkt.

Ausländisches Kapital benötigt nicht nur die Aussicht auf ökonomischen Gewinn, sondern auch rechtliche, politische und diese garantierende militärische Sicherheiten, um in einem bestimmten Land zu investieren. Das dafür aufgebaute Regelwerk, wie es im Idealfall der späteren neuen EU-Teilnehmerstaaten über die 31 Kapitel des "Acquis communautaire" aufgebaut wurde, brauchte Zeit. Alte (kommunistische) Seilschaften mussten zerschlagen werden, neu installierte Richter, Staatsanwälte, Ministerialbeamte, Journalisten geschult werden. Erst in diesem gesicherten Umfeld fand sich westeuropäisches, US-amerikanisches oder südostasiatisches Kapital im großen Maßstab zu Investitionen, zur Übernahme ganzer Branchen bereit. Die vier kapitalistischen Freiheiten – ungehinderter Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr sowie freie Bewegung der Arbeitskraft – mussten durch die Unterschrift unter den "Acquis communautaire" garantiert sein.

Dementsprechend lange dauerte es – und der Prozess ist in einigen Ländern noch nicht abgeschlossen - bis Westkapital nach Osteuropa strömte. Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre passierte dies – mit Ausnahmen wie Jugoslawien/Serbien, Belarus, Moldawien/Transnistrien, der Ukraine sowie freilich Russland – ungehindert. Der kumulierte Betrag ausländischer Direktinvestitionen in Osteuropa (ohne Russland, Ukraine, Moldawien und Belarus) beträgt Ende

2008 insgesamt 467 Mrd. Euro.⁶⁶ Diese Summe wurde von westeuropäischen, amerikanischen und asiatischen Firmen in Form von FDI investiert. 419 Mrd. Euro davon flossen in die zehn osteuropäischen EU-Mitgliedsländer, die höchste Summe – 306 Mrd. Euro – nach Polen. Die europäische GUS, also Russland, die Ukraine, Belarus und Moldawien, weisen ausländische Direktinvestitionen von insgesamt 400 Mrd. Euro auf, wobei der Löwenanteil auf Russland mit 360 Mrd. entfällt. Da das meiste in Russland investierte ausländische Kapital aus Zypern kommt, kann man allerdings davon ausgehen, dass es sich in vielen Fällen um Repatriierungen von steuerflüchtigem russischen Geld handelt, was die Statistik diesbezüglich unsicher macht.

Woher kommen nun die ausländischen Investoren? Dies ist regional äußerst unterschiedlich, sind doch im Baltikum mit der Übernahme der dortigen Banken durch schwedische Kreditinstitute viele schwedische Investoren aktiv, während es z.B. in Slowenien starke Anteile österreichischer Kapitalgesellschaften gibt. Nimmt man die zehn osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten zusammen, so ergibt sich folgendes Bild ausländischer Direktinvestitionen:

Ausländische Direktinvestitionen nach Herkunftsländern in Prozent in die osteuropäischen EU-10 (2008)	Niederlande	19,2 %
	Deutschland	15,3 %
	Österreich	11,0 %
	Frankreich	6,9 %
	Luxemburg	5,2 %
	USA	4,3 %
	Schweden	3,3 %
	UK	3,0 %
	Schweiz	3,0 %
	Italien	3,0 %

Quelle: Gabor Hunya, FDI in the CEEC's under the impact of the Global Crisis: Sharp Decline (WIIW-Database on FDI in Central, East and Southeast Europe), Wien, Mai 2009, S. 41

Erklärend wäre festzuhalten, dass der hohe Anteil niederländischen Kapitals unter anderem damit zusammenhängt, dass auf den niederländischen Antillen Weltkonzerne wie die indisch-amerikanische "Mittal Steel" ihren Hauptsitz haben, der in weiten Teilen Osteuropas Stahlwerke aufgekauft hat. Die Stärke österreichischen Kapitals in Osteuropa basiert wiederum auf einem Mix aus geographischer Nähe und historischen Verbindungen (über die Habsburgermonarchie) sowie auf der Tatsache, dass gerade im Bankensektor österreichische Institute als erste vor Ort waren. Interessant ist auch die geringe Teilnahme US-amerikanischen Kapitals am Wettlauf um wirtschaftlichen Einfluss in Osteuropa. Die neuen EU-Mitgliedsstaaten sind tatsächlich der ökonomische Hinterhof Westeuropas.

Wie einseitig die Richtung von Direktinvestitionen läuft, ist aus der Gegenüberstellung von Kapitalausfuhr und Kapitaleinfuhr ersichtlich. Wenn also insgesamt in die zehn Neo-EU-Mitgliedsstaaten kumuliert bis 2008 419 Mrd. Euro an großteils westeuropäischem Kapital geflossen sind, so kamen umgekehrt magere 56 Mrd. Euro an Kapitalausfuhr aus Osteuropa in die Welt zustande. Osteuropas Wirtschaft nimmt 7,5 Mal so viel Fremdkapital auf als osteuropäische Betriebe anderswo investieren.

Wirkliche Vergleichbarkeit liefert die Statistik freilich erst, wenn sie in Relation zur EinwohnerInnenzahl gesetzt wird. Der ukrainische Ökonom Olesandr Schnirkov vom Institut für internationale Beziehungen in Kiew stellt dazu in Übereinstimmung mit einer Reihe anderer Fachleute fest, dass die Höhe ausländischer Direktinvestitionen – pro Kopf gerechnet – auf den Grad der Möglichkeit schließen lässt, wie stark ausländisches Kapital Einfluss auf lokale Wirtschaft und Politik ausüben kann.⁶⁷ Seine Latte liegt bei 750 Euro. "Erst bei dieser Größenordnung können Investoren Einfluss auf den heimischen Markt bekommen", meint Schnirkov. Nimmt man diese Latte für seriös, so liegen die Länder Osteuropas mit wenigen Ausnahmen weit darüber. In Estland, Tschechien und Ungarn beträgt der kumuliert gerechnete Stock ausländischer Direktinvestitionen pro Kopf zwischen 6.000 und über 8.000 Euro. Am unteren Ende dieser Liste steht Belarus mit pro Kopf 492 Euro an ausländischen Direktinvestitionen. (vgl. die folgende Tabelle)

FDI-stock pro Kopf – 2008 in Euro			
Estland	8.690	Litauen	2.722
Tschechien	7.844	Rumänien	2.402
Ungarn	6.254	Makedonien	1.600
Slowakei	5.700	Serbien	1.586
Slowenien	5.100	Bosnien	1.400
Kroatien	4.930	Albanien	935
Montenegro	4.864	Ukraine	719
Bulgarien	4.293	Moldawien	509
Lettland	3.566	Belarus	492
Polen	3.147	(Russland)	(2.500)

Quelle: Gabor Hunya, FDI in the CEEC's under the impact of the Global Crisis: Sharp Decline (WIIW-Database on FDI in Central, East and Southeast Europe), Wien, Mai 2009, S. 8

Lokalausweise in den Ländern des europäischen Ostens bestätigen die statistische Aussage. Hohe ausländische Investitionsraten sind an den aus Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien vertrauten Firmenlogos zu erkennen, die an Banken, Supermärkten, Handels- und Hotelketten angebracht sind und die Stadtbilder prägen. Weiß man dann noch von der

66) Diese und die folgenden Zahlen sind entnommen der Studie: Gabor Hunya, FDI in the CEEC's under the impact of the Global Crisis: Sharp Decline (WIIW-Database on FDI in Central, East and Southeast Europe), Wien, Mai 2009

67) Gespräch mit Olesandr Schnirkov am 26. April 2005 in Kiew.

oft vollständigen Übernahme der wichtigsten Betriebe durch westeuropäische Eigner, dann ergänzt die persönliche Wahrnehmung das Zahlenspiel über den Grad der abhängigen Entwicklung. Einmal abgesehen von unterschiedlichen traditionellen Baustilen gleichen sich auch die Innenstädte in jenen Ländern mit hoher FDI-Rate westeuropäischen Fußgängerzonen an, während z.B. in Minsk, Chisinau oder Odessa lokale Märkte und Handelsketten vorherrschen.

Ausländische Direktinvestitionen finden – definitionsgemäß – im Auftrag der Mutterkonzerne statt, die allesamt ihre Zentralen außerhalb des jeweiligen Landes haben. Ihr Ziel: Gewinne zu generieren. Diese werden dann entweder vor Ort re-investiert oder zurückgeführt, repatriiert. In welchem Ausmaß welche der beiden Möglichkeiten wahrgenommen wird, zeigt die Stoßrichtung des Investments an. Gewinnrückführungen dominieren. Der daraus sich ergebende Kapitalabfluss ist beträchtlich und konstant. Die Volkswirtschaften Osteuropas leiden darunter.

Im Jahr 2008 betrug die durchschnittliche Repatriierungsquote 70 %, ⁶⁸ das entspricht dem höchsten Wert in der zwanzigjährigen Geschichte eines ungleichen Verhältnisses zwischen West- und Osteuropa. Die Investoren aus dem Westen haben in dieser Zeit ihre mageren Bilanzen zu Hause mit den sagenhaften Gewinnen aus den Ostgeschäften aufgebessert. Im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2008 lag die Rendite für investiertes Kapital aus dem Ausland jährlich zwischen 10 % und 20 %; in Ungarn bei 18,4 %, in Tschechien bei 14,4 % und in Polen bei 10,5 %. Weit über die Hälfte der getätigten Gewinne werden seit Jahren außer Landes geschafft.

Ausgeschüttete, rückgeführte Gewinne ausländischer Direktinvestitionen	Slowenien	97,8 %
	Slowakei	81,8 %
	Bulgarien	77,2 %
	Ungarn	71,2 %
	Rumänien	66,2 %
	Polen	63,5 %
	Kroatien	62,2 %
	Tschechien	57,7 %
in Prozent des gesamten Investitionseinkommens 2008		
<small>Quelle: Gabor Hunya, FDI in the CEECs under the impact of the Global Crisis: Sharp Decline (WIIW-Database on FDI in Central, East and Southeast Europe), Wien, Mai 2009, S. 18</small>		

Diese, volkswirtschaftlich betrachtet, düsteren Zahlen spiegeln sich auch in der Leistungsbilanz wider, die für alle Länder Osteuropas im Jahr 2008 (und auch in den Jahren davor) extrem negativ ausfiel. In Prozent des Bruttoinlandsproduktes gemessen, betrug die Leistungsbilanz 2008 zwischen -3 % (in Tschechien) und -25 % (in Bulgarien). Demgegenüber bilanzierten die EU-15 im Jahr 2008 fast ausgeglichen.

Wendejahr 2008

Im 2. Quartal des Jahres 2008 brach sich die als geplatzte US-amerikanische Hypothekenblase ausgebrochene Weltwirtschaftskrise in Osteuropa Bahn. Bruttoinlandsprodukt und Industrieproduktion, die seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre vom absoluten Tiefstand aus teilweise ruckartig zu wachsen begonnen hatten, brachen nun erneut ein. Am 22. April 2009 präsentiert der "Internationale Währungsfonds" seinen neuesten "World Economic Outlook" ⁶⁹ und prognostiziert für den osteuropäischen Wirtschaftsraum ein Minus von 2,9 % für das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2009 und bis zu -12 % für einzelne baltische Staaten. Nur wenige Wochen später sieht das Bild noch düsterer aus. Zwischen 3. Quartal 2008 und 1. Quartal 2009 sank die Wirtschaftsleistung – je nach Land unterschiedlich – um 8 % bis 19 %. ⁷⁰ Die baltischen Republiken schossen dabei am weitesten nach unten: -19 % in Litauen, -16 % in Lettland, -14 % in Estland. Aber auch Rumänien, die Slowakei und Slowenien sahen sich mit Einbrüchen jenseits der 13%-Marke konfrontiert. Einzig Polen konnte mit Minuszahlen aufwarten, die nur knapp unterhalb der in Westeuropa ausgewiesenen lagen: die relativ günstigen -5 % waren einem halbwegs funktionierenden Binnenmarkt geschuldet, der wiederum auf der schieren Größe des Landes beruhte und die Ausfälle der Exportwirtschaft zum Teil kompensieren konnte.

Sinkende BIP-Zahlen komplettieren die Krisenstimmung. Im 1. Quartal 2009 veränderte sich das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres im Baltikum um -14 % bis -18 %, in Slowenien um -8 %, in Ungarn, der Slowakei und Rumänien um -6 %. Die Ausnahme bildet auch hier Polen (bei +0,8 %). ⁷¹

Das Epizentrum der Krise liegt im Außenhandel. Auffällig dabei ist auch, dass der Rückgang bei den Importen jenen der sinkenden Exportraten sogar noch übersteigt. Das heißt, die heimische Nachfrage liegt am Boden.

Nun rächt sich die einseitige Ausrichtung der Ökonomien am Rande EU-Europas auf die Zentrumsmärkte in Westeuropa, auf Deutschland, Frankreich, Italien ... Die Exportabhängigkeit der von manchem Optimisten jahrelang als "emerging markets" bezeichneten osteuropäischen Staaten von den EU-15 liegt zwischen 60 % (für Bulgarien) und 85 % (für die Slowakei) der Gesamtausfuhren. In dem Moment, in dem jene – wie seit Mitte 2008 augenfällig – eine sinkende Nachfrage aufweisen, brechen die auf Exportwirtschaft aufgebauten Strukturen ein. Bereits im Januar 2009 fallen die Exporte auf das Niveau von Januar 2006, danach geht es weiter bergab. Das "Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche" (WIIW)

68) Pressekonferenz des WIIW am 9. Juni 2009

69) MF (Hg.), World economic Outlook 2009

70) Pressekonferenz des WIIW vom 7. Juli 2009

71) Vladimir Gligorov u.a., Where have all the Shooting Stars gone? (Current Analyses and Forecasts WIIW). Juli 2009, S. 13

hat im März 2009 den Versuch unternommen, Wachstumseinbrüche in den osteuropäischen Staaten nach Ländergruppen zu differenzieren.⁷² Abschwächungen in Tschechien, der Slowakei und Polen stehen eine Stagnation in Slowenien, Bulgarien und Rumänien gegenüber, während Ungarn und die drei baltischen Republiken bereits in eine rezessive Phase eingetreten sind. Die unvermeidliche Folge für alle von den kriselnden Westmärkten abhängigen Staaten: Die Industrieproduktion fällt, und zwar drastisch.

Industrie- produktion im April 2009	Estland	-35,6 %
	Slowenien	-28,3 %
	Ungarn	-27,1 %
	Slowakei	-25,6 %
	Litauen	-25,5 %
	Tschechien	-22,1 %
	Lettland	-20,2 %
	Bulgarien	-20,0 %
	Polen	-12,4 %
	Rumänien	-9,4 %
im Vergleich zum Vorjahr		
Quelle: Vladimir Gligorov u.a., Where have all the Shooting Stars gone? (Current Analyses and Forecasts WIIW), Juli 2009, S. 15		

Im Export trifft man auf die selben Einbrüche, die zwischen Juli 2008 und April 2009 ein Minus zwischen 40 % (Litauen) und 19 % (Slowakei) ergeben. Importe gingen im selben Zeitraum gar zwischen 50 % (Litauen) und 30 % (Slowakei) zurück. Dadurch notgedrungen verbesserte Leistungsbilanzen spiegeln nur den enormen Rückgang im Außenhandel wider. Steigende Arbeitslosenzahlen sind eine logische Begleiterscheinung dieser Entwicklung, die ebenso unvermeidlich zu vermehrter sozialer und politischer Instabilität führt.

Beispiel Ungarn: Sozialer Kahlschlag

Die am meisten von Märkten in der Kern-EU abhängige Ökonomie, Ungarn, erlebt dementsprechend den tiefsten Fall. 71 % der gesamten ungarischen Exporte gingen vor dem Crash in die EU-15, verglichen mit 68 % der tschechischen, 67 % der polnischen, 60 % der slowakischen oder 35 % der russischen Exporte. Dabei spielt Deutschland eine entscheidende Rolle. Allein dorthin gingen vor der Krise 32 % der gesamten ungarischen Ausfuhren,⁷³ gefolgt von Österreich (7 %) sowie Frankreich und Großbritannien (je 5,5 %). Stockt der deutsche Konjunkturmotor, im gegenständlichen Fall sprichwörtlich als automobiler Verbrennungsmotor gemeint, kommt es in Ungarn zum wirtschaftlichen Show down.

Die Regierung hat die tiefe Krise zum Vorwand für einen sozialen Kahlschlag genommen. Am 14. April 2009 löste der Manager Gordon Bajnai Ungarns ungeliebten Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsany im Amt ab; überfällige Volkswahlen wurden verhindert. Die organisatorisch aus der "Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei" (MSZMP) hervorgegangene regierende "Sozialistische Partei" (MSZP) zeigte damit deutlich das Ende ihrer Personalreserven an. Schon Gyurcsany war als millionenschwerer Geschäftsmann ein vermeintlich letzter Kompromiss mit den ultraliberalen Kräften des SZDSZ, dem kleinen Koalitionspartner. Dieser ist zwar gesellschaftlich bis auf ein paar Bezirke in Budapest bedeutungslos, stellt aber für Brüssel (EU) und Washington (IWF) so etwas wie eine Garantie des Wohlverhaltens dar. Gordon Bajnai ist schon wegen seiner fehlenden Einbindung in irgendeine politische Kraft niemandem verpflichtet, außer den externen Geldgebern. Und diese – vornehmlich in Gestalt des IWF – waren es auch, die zur Installation einer Art Notstandsregierung – um nicht viel anderes handelt es sich in Ungarn, weil die herrschende Koalition schon längst jede Mehrheit im Volk verloren hat – gedrängt haben. Jüngste Umfragen geben der rechtskonservativen Oppositionspartei FIDESZ eine Zustimmungsrate von 60 %, während die Sozialisten bei 26 % dahindümpeln.⁷⁴ "Gyurcsany hat in der eigenen Partei keine Unterstützung mehr für eine zweite Runde von Austeritätsmaßnahmen erhalten, die aber unumgänglich waren, um weiterhin die Unterstützung des IWF zu erhalten", schrieb dazu der Wirtschaftswissenschaftler Sandor Richter⁷⁵ in einer WIIW-Studie. Der IWF-Stand-by-Kredit wiederum ist laut liberaler Lesart die vermeintlich einzige Chance, die Rezession zu überwinden, übliche Konditionen wie Budgetsanierung und Defizitabbau inklusive. Gemeinsam mit der Weltbank und der Europäischen Union wurden Budapest und seinen kriselnden Betrieben im Oktober 2008 20 Mrd. Euro an Hilfspaketen versprochen.

Anfang Mai 2009 wurde dann im Budapester Parlament die neue Qualität von sozialer Grausamkeit des Regierungsprogramms von Bajnai offenbar. An ihm könnten sich in den kommenden Monaten auch andere krisengeschüttelte Wirtschaften ein – sozial negatives – Vorbild nehmen: Im Zentrum der Sanierungsidee steht die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 20 % auf 25 %. Damit holt sich der Staat das Geld vermehrt von den kleinen Leuten. Als Massensteuer sind Tabak-, Energie- und Umsatzsteuern sozial besonders treffsicher: Sie kennen per definitionem keine Progression und besteuern den Konsum der Armen gleich hoch wie den der Reichen. Stellt

72) Vgl. Eurostat, sowie: WIIW (Hg.), Konjunkturbericht und Mittelfristprognose für Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie China: Differenzierte Auswirkungen der globalen Krise. Wien, 5. März 2009

73) WIIW (Hg.), Handbook of Statistics 2005. Wien 2005, S. 355

74) Budapester Zeitung vom 4. August 2008

75) Sandor Richter, Hungary: little manoeuvring room to cope with the recession. In: Vladimir Gligorov u.a., Where have all the Shooting Stars gone? (Current Analyses and Forecasts WIIW). Juli 2009, S. 48

man in Rechnung, dass die Länder des ehemaligen RGW bis in die 1990er Jahre überhaupt keine Mehrwertsteuer gekannt haben, so kommt der Anstieg derselben in den vergangenen fünfzehn Jahren einem sozialpolitischen Offenbarungseid gleich. Dem Autor ist nur ein einziges Land bekannt, das bislang auf den Druck internationaler Kreditgeber, Budgetsanierung mittels Erhöhung von Massensteuern zu betreiben, ablehnend reagiert hat und bereits eingeführte flache Steuern wieder zurückgenommen hat. Es ist dies das von keinem Staat der Welt anerkannte "Transnistrien", das im Jahr 2000 aus sozialpolitischen Motiven die Verbrauchssteuern auf Null gekürzt hat. "Wir haben die Mehrwertsteuer, die immerhin 20 % betrug und auf alle Waren erhoben wurde, abgeschafft, weil wir draufgekommen sind, dass dies zu einer Verarmung eines Gutteils der Bevölkerung führt", meinte Wirtschaftsministerin Tschernjenko im September 2005 im Gespräch mit dem Autor.

Budapest erhöhte die Mehrwertsteuer auf 25 %, strich zugleich die 13. Monatspension bei Rentnern, erhöhte das Rentenalter von 62 Jahren auf 65 Jahre – bei einer auch offiziell wieder über die 10%-Marke gestiegenen Arbeitslosigkeit – und reduzierte die monatlichen Zahlungen im Krankheitsfall von 70 % auf 60 % des Lohnes. Dazu entlastete die Regierung Bajnai die Unternehmer, indem sie ihren Sozialversicherungsanteil an den Lohnkosten um 5 % senkte. Beschlüsse zum Einfrieren der Löhne und zum Kippen des 13. Monatsgehalts im öffentlichen Sektor komplettieren den sozialpolitischen Angriff auf Arbeiter, Angestellte und Pensionisten.

Das alles geschieht unter "sozialistischer Fahne", während die rechte Opposition leichtes Spiel hat, die Enteignungen der Besitzlosen zu brandmarken. Das Auftauchen einer radikalen, faschistischen Rechten war vor solch einer Politik vorhersehbar. Mit den gegenüber den Nachbarländern Rumänien, Serbien und der Slowakei offen revanchistisch auftretenden "Ungarischen Garden", deren politischer Arm "Jobbik" (Bewegung für ein gerechteres Ungarn) anlässlich der Europawahl 2009 fast 15 % der Stimmen erhalten hat, ist in Windeseile eine politische Kraft entstanden, die weit rechts von dem steht, was derzeit noch im Westen Europas üblich ist. Wie in der Wirtschaft auch, ist es allerdings keineswegs ausgeschlossen, dass der radikale politische Wind demnächst aus Osteuropa bläst.

Währungsabwertung oder Euroanbindung

Währungs- und finanzpolitisch teilen sich die Länder Osteuropas in zwei unterschiedliche Gruppen: jene, die eigenständige Währungen haben und damit einen – wenn auch geringen – wirtschaftspolitischen Spielraum; und jene, deren Währungen an den Euro gekoppelt sind, indem entweder der Euro direktes Zahlungsmittel ist oder so genannte Currency Boards (Währungsrate) fixe Wechselkurse zum Euro garantieren.

Nationale Währungen, über die staatliche Organe verfügen können, existieren innerhalb des EU-Raumes nur noch in Polen (Zloty), Tschechien (Krone), Ungarn (Forint) und Rumänien (Lei). Zahlungsmittel und daher nationale Währung ist der Euro in der Slowakei, Slowenien, Kosovo und Montenegro, während in Bulgarien, dem Baltikum und Bosnien-Herzegowina von IWF und Weltbank kontrollierte Währungsrate über die Finanzpolitik – und damit auch die Wirtschaftspolitik – wachen. Eigenständige Ab- oder Aufwertungen sind dort nicht möglich.

In der Phase des raschen Abschwungs im Zuge der globalen Weltwirtschaftskrise hat diese Situation dazu geführt, dass Zloty, Krone, Forint und Lei teilweise drastisch abgewertet wurden. Dies geschah vor allem deshalb, um der zusammenbrechenden Exportwirtschaft zumindest über eine Verbilligung des heimischen Einsatzes die Chancen auf dem Weltmarkt nicht noch zusätzlich zu verbauen. Was für die internationalen Investoren in der großen Industrie ein wenig hilfreich war, führte gleichzeitig jedoch alle, die Kredite in Euro oder Dollar aufgenommen hatten, direkt in die Schuldenfalle. Sie mussten nun für die Bedienung der Zinsen noch mehr Mittel der jeweiligen Landeswährung aufbringen, die allerdings in der Zwischenzeit weniger wert geworden war. Lokale Produzenten mit geringer Eigenkapitalausstattung waren die Opfer dieser Entwicklung, desgleichen viele Private, die ihr Haus, ihre neue Einrichtung oder ihr Auto über Kreditaufnahmen finanziert hatten. Die Kredite wurden in aller Regel in Fremdwährung (in Euro oder Schweizer Franken) vergeben.

Anders lief es in den Ländern der "Euro"-Zone bzw. jenen mit Währungsrate. Hier war keine eigenständige Finanz- und Währungspolitik möglich, was die politischen Eliten in eine erzwungene Untätigkeit trieb und dort verharren lässt. Sinkende Preise sollen in diesen Ländern den Konsum ankurbeln, was allerdings aus Geldmangel nicht funktioniert. Die Nachfrage geht zurück. Deflationäre Zeichen prägen das Szenario. Eine möglicherweise daran anschließende hohe Inflation im gesamten Euroraum würde diese Länder ungeschützt mit sich reißen.

Russland und die Ukraine haben auf die Krise mit starken Abwertungen reagiert, die bereits 2008 zu zweistelligen Inflationsraten (25 % in der Ukraine, 14 % in Russland) geführt haben. Den dadurch erreichten volkswirtschaftlichen Handlungsspielraum weiß eventuell der Kreml und Gazprom zu nutzen; der wichtigste Handelspartner der Ukraine ist Russland.

Gescheiterte nachholende Entwicklung

Das ganze Konzept der Transformation, die nationalen Wirtschaften über neoliberale Parameter zu modernisieren, war nicht einmal ein ideologisch-theoretisches Konstrukt, weil es westlichem Kapital hauptsächlich schlicht darum gegangen ist, sich nach 1989 neue Märkte zu sichern und sich die Kernstücke der

osteuropäischen Wirtschaft einzuverleiben. Praktisch ist der Catching-up-Effekt (das Aufholen) jedenfalls gescheitert.

Fast zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des RGW, der an sich den wirtschaftlichen Tiefpunkt des östlichen Teils unseres Kontinentes markierte, zeigen die Indexzahlen für die industrielle Produktion das Ausmaß des Scheiterns. Nachholende Entwicklung fand nur in Ausnahmefällen statt. Und dies auf der Basis des Aufbaus enormer sozialer und regionaler Differenz. Nehmen wir als Vergleichsland die Türkei, die sicherlich nicht zum ökonomischen Zentralraum gehört und ebenso wie andere randständige Länder eine Politik der nachholenden wirtschaftlichen Entwicklung betreibt. Sie tut das keineswegs mit gegenüber dem Weltmarkt dissoziativen Mitteln, jedoch eigenständig gegenüber der Europäischen Union. In der Zeit zwischen 1990 und 2008 gelang Ankara eine markante Erhöhung der Industrieproduktion. Während die EU-15 die Industrieproduktion indexmäßig im Jahr 2008 auf 124 steigerten (bei 1990 = 100), schoss der türkische Produktionsindex im selben Zeitraum auf 220 (bei 1990 = 100).

Nun ist anzumerken, dass derlei Indizes nicht nur keinerlei Aussagekraft in sozialpolitischer Hinsicht haben, sondern auch wachstumsimmanent zweifelhaft sind. Für den Vergleich im selbst gesteckten Ziel nachholender Entwicklung finden wir sie dennoch zulässig. Nur ein einziges osteuropäisches Land hat in besagter Periode zwischen 1990 und 2008 den türkischen Produktionsindex überflügeln können: Ungarn mit 231 (bei 1990 = 100).⁷⁶ Und das bei einer vergleichsweise extrem guten Ausgangslage, denn die Wirtschaft der RGW-Staaten lag 1989/90 tatsächlich am Boden, was ein statistisches Aufholen rein mathematisch erleichtert.

Tschechien und die Slowakei konnten gegenüber den EU-15 mit 133 bzw. 152 (bei 1990 = 100) leicht aufholen, für Polen ist die Vergleichszahl 1990 unzulässig, weil der Zusammenbruch des kommunistischen Systems hier schon zuvor stattgefunden hatte.

Dem gegenüber stehen eine ganze Reihe von Ländern, die auch fast zwanzig Jahre nach dem absoluten Tiefpunkt der Wendezeit den Produktionsindex der EU-15 (2008 = 124 bei 1990 = 100) nicht erreichen konnten: Estland und Slowenien holten zumindest gegenüber 1990 ein wenig auf. Bulgarien (mit 94), Rumänien (mit 83), Kroatien (mit 91) sowie Lettland (mit 64) und Litauen (mit 73) konnten auch 2008 nicht einmal mit dem industriellen Niveau von 1990 gleichziehen.

Die neuerdings von berufsoptimistischen Analysten vorhergesagte wirtschaftliche Erholung in den Zentralräumen ist insofern zweifelhaft, als dass selbst im Falle eines leichten Anstiegs der Produktion ab 2010 die faulen Kredite, die als Auslöser der globalen Welt-

wirtschaftskrise galten, noch immer unbedient sind. Die Ausfallhaftung durch nationale Budgets wird unumgänglich schlagend werden. Eine der möglichen Lösungen dieses Problems läge in der Vernichtung der Schulden durch Inflation. Eine dafür nötige hohe Inflationsrate würde erneut jene zur Kasse bitten, die nichts als ein Sparbuch und die eigene Arbeitskraft ihr Eigen nennen können. Weil sich gleichzeitig die Arbeitslosenzahl – und da sind sich auch die optimistischsten Vorhersager einig – noch wesentlich erhöhen wird, stellt sich die Frage nach der gesellschaftlichen Akzeptanz einer solchen Entwicklung. Soziale Unruhen, wie sie in den EU-15 im Jahr 2009 bisher in größerem Ausmaß nur in Frankreich und Griechenland (ein wenig auch in Großbritannien) stattgefunden haben, könnten zu einem massenhaften Phänomen werden.

Auch der Osten Europas ist vor Revolten keinesfalls gefeit. Finanzielle Rücklagen bestehen für einen Gutteil der Bevölkerung keine mehr. Im Gegenteil: zwischen Rumänien und Tschechien wurden Kredite oft nur für kleinere Konsumartikel aufgenommen, deren Rückzahlung fraglich ist. Prognostizierte steigende Arbeitslosigkeit und eine im Sog des Euro stattfindende hohe Inflation stoßen zudem in den meisten Ländern auf politisch labile Verhältnisse. Wo und wie das eine Linke als Chance für sich nutzen kann, ist im August 2009, bei Abschluss des Manuskripts, nicht einsehbar.

76) Vladimir Gligorov u.a., Where have all the Shooting Stars gone? (Current Analyses and Forecasts WIIW). Juli 2009, S. ix/x

isw-report (Auswahl) ISSN 1614-9289

- report 92: **Der Überfall der Banken.** Wie die Banken die Gesellschaft ruinieren u. wie sie an die Kette zu legen sind (April 2013) 1,00 EUR
- report 93: **Die Schulden streichen!** Grundlage für eine Erneuerung Europas (21. isw-forum) (Juni 2013) 1,00 EUR
- report 94: Zwischen Dauerkrise, Widerstand, Transformation: **Kapitalismus am Ende?** (Sept. 2013) 1,00 EUR + Versand
- report 95: **Die Krise und die Spaltung Europas. Europa am Scheideweg** (Dez. 2013) 3,50 EUR + Versand
- report 96: **Widerstand** – Kapitalismus oder Demokratie (März 2014) 3,50 Euro + Versand
- report 97: **Wirtschafts-Nato TTIP – STOP!** (Juli 2014; akt. Beilage April 2016) 3,50 Euro + Versand
- report 98: **Ist Wohlstand ohne Wachstum möglich?** Beiträge 22. isw-forum (Sept. 2014) 3,00 EUR + Versand
- report 99: **Die Energiewende im Würgegriff der Konzerne** (Dezember 2014) 3,50 EUR + Versand
- report 100/101: **Umbruch im globalen Kapitalismus.** Abstieg der G7-Metropolen - Aufstieg der Schwellenländer (April 2015) 6,00 EUR
- report 102: **Der Aufstieg des Südens – Umbruch in der globalen Machtverteilung?** Doku 23. isw-forum (Sept. 2015) 3,00 EUR
- report 103: **Wege aus dem Kapitalismus.** Die Alternativen entfalten sich nur in sozialen Kämpfen (Nov. 2015) 4,50 EUR + Versand
- report 104: **Auf der Flucht** – Fluchtursachen. Festung Europa. Alternativen (Februar 2016) 4,00 EUR
- report 105: **Demokratie & Internet** (April 2016) 2,50 EUR + Versand
- report 106: **Digitale Arbeit und Industrie 4.0** Doku 24. isw-forum (H.J. Urban, Th. Hagenhofer, M. Schwarzbach) (Sept. 2016) 2,50 EUR
- report 107/108: **Pulverfass Nahost** (Februar 2017 in Zusammenarbeit mit IMI e.V.) 4,50 EUR + Versand
- report 109: **Krise des Globalen Kapitalismus – Und jetzt wohin?** (Juli 2017) 6,00 EUR + Versand
- report 110: **Postwachstum. Unser Leben nach dem Wachstumswahn** (Sept. 2017) 2,50 EUR + Versand
- report 111: **Die Zukunft Europas.** Ohne Demokratisierung hat es keine (Dez. 2017) 3,00 EUR + Versand
- report 112/113: **Elektro-Pkw als Teil der Krise der aktuellen Mobilität** (März 2018) 4,50 EUR + Versand
- report 114: **Indien** im System des globalen Kapitalismus (Sept. 2018) 4,00 EUR + Versand
- report 115: **Globaler Wirtschaftskrieg** - Der Aufstieg Chinas. Zerbricht der Westen? (Dez. 2018) 4,50 EUR + Versand

isw-spezial ISSN 1614-9270

- Nr. 28: **Das Geschäft mit der Nahrung** (Juli 2016) 3,00 EUR + Versand
- Nr. 29: **TERROR** - wo er herrührt, wozu er missbraucht wird, wie er zu überwinden ist (Dez. 2016) 2,00 EUR + Versand
- Nr. 30: **Klimazerstörung.** Die Verantwortungslosigkeit kapitalistischer Gesellschaften (Januar 2017) 4,50 EUR + Versand

isw-wirtschaftsinfo ISSN 1614-9262

- Nr. 52: **Agil und ausgepresst?** Agile Unternehmensführung – Herausforderung für Gewerkschaften u. Betriebsräte (Dez. 2017) 1,50 EUR
- Nr. 53: **Geht uns die Arbeit aus? Wie sich die Digitalisierung auf die Beschäftigten auswirkt** (März 2018) 3,50 EUR + Versand
- Nr. 54: **Bilanz 2017 - Ausblick 2018** – zur wirtschaftlichen und sozialen Lage (April 2018) ca. 5,00 EUR + V.

isw-forschungshefte ISSN 1614-9254

- Nr. 4: **Der Markt. Theorie, Ideologie, Wirklichkeit.** Eine Kritik der herrschenden Wirtschaftsideologie (Juli 2010), 4,00 EUR + Versand
- Nr. 5: **Globale Einkommensverteilung.** Entwicklung seit 1980 und Perspektiven (November 2015) 4,00 EUR + Versand

isw-Grafik-Report ISSN 1867-7363

- **Grafik-Info: Der Krieg der Reichen gegen die Armen** (September 2016) farbig 2,00 EUR + Versand

alle lieferbaren isw-Publikationen siehe

www.isw-muenchen.de

Ich bestelle die oben angekreuzten Titel

Name
Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Unterschrift _____

Ich abonniere isw-report und wirtschaftsinfo "Bilanz"

ab isw-report 116 / 117 / 118 / 119
zum Abo-Preis von 18 Euro (Auslandsabo: 28 Euro)

- Ich zahle nach Rechnungstellung
- Buchen Sie den Abo-Betrag von meinem Konto ab (siehe Kasten)

Name
Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Unterschrift _____

Datum _____

Ich möchte Fördermitglied des isw e.V. werden

Ich unterstütze die Arbeit des isw ab(Monat/Jahr)
mit einer monatlichen Spende von EUR (mind. 6 Euro)

Als Fördermitglied erhalte ich alle im Förderzeitraum erscheinenden
isw-Publikationen (Printmedien) des isw e.V. als Mitgliederzeitschrift.

- Ich zahle nach Rechnungstellung
 - Ich zahle per Dauerauftrag
 - Buchen Sie den Förderbeitrag von meinem Konto ab
- Die Abbuchung soll erfolgen: vierteljährlich halbjährlich jährlich

Name
Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Unterschrift _____

Zahlung per SEPA-Lastschriftmandat (Einzugsermächtigung)

Wenn Sie sich für die Zahlung per Lastschrift entscheiden,
schicken wir Ihnen ein Formular zu, in das Sie Ihre Bankdaten
eintragen können. Mit gleicher Post erhalten Sie auch die für
das Sepa-Lastschriftverfahren notwendigen Daten: unsere
Gläubiger-Identifikationsnummer, Ihre Mandatsreferenznummer
sowie den Abbuchungstermin.
Das Formular finden Sie auch auf unserer Internetseite.



**NO JUSTICE
NO PEACE!**

<http://www.isw-muenchen.de>

ISSN: 1614-9270